



## **AKSB-Bericht 2011 Vorstand und Geschäftsführung**

## Inhalt

<b>1. Vorstandsarbeit im Jahr 2011</b>	<b>5</b>
<b>2. Zeitansagen</b>	<b>6</b>
<b>3. AKSB-Strukturen</b>	<b>8</b>
3.1 Struktur der Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA)	8
3.2 Projekte	8
3.3 Geschäftsstelle	10
<b>4. Themen, Formate, Didaktik und Zielgruppen</b>	<b>12</b>
4.1 Demokratie und Partizipation	12
4.2 SV-Arbeit	13
4.3 Historisch-politische Bildung	14
4.4 Arbeits-, Sozial- und Beschäftigungspolitik	15
4.5 Arbeitsgesellschaft und politische Jugendbildung	17
4.6 Umwelt/Nachhaltigkeit	18
4.7 Europa	19
4.8 Weitere Themen	20
<b>5. Kooperationen/Interessenvertretung/Netzwerke</b>	<b>22</b>
5.1 Bundesausschuss Politische Bildung (bap)	22
5.2 GEMINI	22
5.3 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)	22
5.4 Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung	23
<b>6. Anlagen</b>	<b>24</b>
6.1 Vorstand der AKSB	24
6.2 Geschäftsstelle der AKSB	24
6.3 AKSB-Infrastrukturstellen	24
6.4 Kooperation und Interessenvertretung der AKSB	25
6.5 Zuwendungen für katholisch-sozial orientierte politische Bildung 2010/2011	26
6.6 Neue AKSB-Publikationen 2011	26
6.7 Termine der AKSB im Jahr 2011	27
<b>Impressum/Bildnachweis</b>	<b>27</b>



### Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitwirkende in der AKSB,

politische Bildung ist die zentrale Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB). Als Fachorganisation der Jugend- und Erwachsenenbildung auf nationaler Ebene bündelt die AKSB die Aktivitäten einer Vielzahl von Einrichtungen aus der katholischen Kirche. Auf der Grundlage der „Konvention der katholisch-sozial orientierten politischen Jugend und Erwachsenenbildung“ und der „aktualisierenden Ergänzungen“ sorgen rund 60 Mitgliedseinrichtungen durch ihre Arbeit für ein reichhaltiges Bildungsangebot. Aktuelle gesellschaftspolitische Themen sind dort genauso vertreten wie die Vermittlung von Grundlagen der Demokratie und des sozialen Werdehintergrundes. Als Zielgruppe fühlen sich alle Generationen angesprochen und es werden immer wieder auch bildungsferne Personen gewonnen.

Dieser Bericht informiert Kooperationspartner und Zuwendungsgeber über die Aktivitäten des Jahres 2011 und legt gleichzeitig den Mitgliedern gegenüber Rechenschaft ab.

Wir danken allen, die unsere Arbeit interessiert begleiten und durch Förderung oder Kooperation unterstützen, und hoffen auch in Zukunft auf gute Zusammenarbeit.

Ihr

**Lothar Harles**  
Geschäftsführer

*Titelbild groß: Blick in ein SV-Seminar des Franziskanischen Bildungswerks e.V.;  
Bild kl. li.: Diskussion beim 14. DJHT mit Hans Peter Bergner, Referat Jugend  
und Bildung beim BMFSFJ, mi., Lothar Harles, bap-Vorsitzender und AKSB-Ge-  
schäftsführer, li., Boris Brokmeier, AdB; Bild kl. mi.: Deutsch-russische Begegnung  
des Sozialen Seminars der Diözese Osnabrück e.V. in Orsk: Austausch von  
Gastgeschenken; Bild kl. re.: Gruppenfoto der Teilnehmenden der Europäischen  
Jugendwochen in Waldmünchen.*



### Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitwirkende in der AKSB,

mit diesem Bericht verabschiede ich mich als Vorsitzender der AKSB. Seit 1994 bin ich Mitglied im AKSB-Vorstand, seit dem Jahr 1999 in der Funktion als Vorsitzender. Der Blick geht deshalb nicht nur zurück auf ein Jahr Tätigkeit, sondern auf alle Jahre der Mitwirkung im Vorstand der AKSB.

Wenn die Entwicklungen dieser Jahre auf einen Punkt gebracht werden sollten, dann kann das so formuliert werden: Die Kontinuität der Arbeit liegt im Wandel – der Wandel liegt in der Kontinuität. Es gibt zahlreiche Themen und Fragestellungen, die die Arbeit der AKSB geprägt haben. Diese Themen waren vielfach Diskussionsgegenstand von Jahrestagungen und Arbeitsschwerpunkten. Zu einigen dieser Themen folgende Anmerkungen:

#### Qualitätsmanagement und Konvention

Im Vordergrund der AKSB als katholische Fachorganisation der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung stand immer das Bemühen um den Erhalt und den Ausbau der Grundlagen der politischen Bildung aus der Sicht christlicher Sozialethik. In den ersten Jahren meiner Tätigkeit stand diese Arbeit unter dem Leitmotiv des Qualitätsmanagements und der spezifischen Qualitätssicherung. Dies mündete letztlich in die Erarbeitung der „Konvention der katholisch-sozial orientierten politischen Jugend- und Erwachsenenbildung“, die 1999 von allen Mitgliedern ratifiziert wurde. Die grundlegende Überprüfung der Konvention vor zwei Jahren hat gezeigt: Die Qualität dieser Ende der 90er Jahre geleisteten Arbeit hat weiterhin Bestand. Bis auf wenige Stellen, die aufgrund inzwischen eingetretener Veränderungen nicht mehr aktuell waren, gab es keinen grundlegenden Änderungsbedarf, so dass nur aktualisierende Ergänzungen formuliert werden mussten.

#### Weltweite Gerechtigkeit

Soziale Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen in vielen Teilen dieser Erde haben eine wesentliche

Ursache: Mangel an Gerechtigkeit. Lösungen sind in gerechten Strukturen und der allgemeinen Teilhabe an Macht zu finden. Die Gründe für die Ungerechtigkeit sind aber je nach Ausgangssituation sehr unterschiedlich gelagert und deshalb auch die Lösungsansätze. Politische Bildung kann deutlich machen, dass es dabei nicht nur um lokale und nationale Probleme geht, sondern um internationale Fragen und Strukturen der weltweiten Zusammenarbeit. Die Bundesrepublik Deutschland kann sich von diesen Entwicklungen nicht abkoppeln, sondern ist mit einem aktiven Beitrag gefragt. Bildung kann dazu beitragen, dass dieser Bedarf an Solidarität verstanden und akzeptiert wird.

#### Migration und Integration

Lange schien es, als ob die Themen „Integration“ und „Migration“ im Laufe der Zeit erledigt wären, weil sich - so die Annahme - durch Kindergarten- und Schulbesuch der 2. und 3. Generation das Problem von selbst erledigt hätte und auch der Zustrom von Asylsuchenden durch die EU-weite Restriktion sehr stark zurückging. Mit den Ergebnissen der PISA-Studien wurde jedoch deutlich, dass Integration einen langwierigen Prozess darstellt und verstärkte gesellschaftliche Anstrengungen verlangt. Erst jetzt wird zur Kenntnis genommen, dass nur eine aktive Integrationspolitik die Versäumnisse der Vergangenheit kompensieren kann. Integrations- oder Migrationsräte, Islamkonferenz und Patenschaftsprogramme jeder Art sprechen die Zuwanderer/-innen an. Der große Beitrag der ausländischen Mitbürger/-innen für das Gelingen unserer Wirtschaft und Gesellschaft wird zunehmend anerkannt. Die Herausforderung für die außerschulische politische Bildung besteht darin, die noch immer vorhandenen Vorbehalte der „einheimischen“ Bevölkerung in eine positive Bereitschaft der Anerkennung umzuwandeln. Andererseits sind fördernde und fordernde Maßnahmen für die Zuwanderer wie verpflichtende Sprachkurse noch immer dringend notwendig. Ganz wichtig erscheint mir ebenso eine umfassendere Information der Alt- und Neuzuwanderer über Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vorgesehenen zwei Wochen Orientierungskurse im Rahmen der Deutschkurse sind nicht ausreichend. Leider sind die Beiträge der außerschulischen politischen Bildung für und mit Migrant/-innen noch spärlich. Da solche Aktivitäten über die reguläre Bildungsarbeit hinausgehende Anstrengungen benötigen, ist eine über die üblichen Mittel hinausgehende Förderung zwingend notwendig.

#### Deutsche und europäische Einigung

Mehr als 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, der daraus folgenden deutschen Einheit und mehr als 55 Jahre nach den Römischen Verträgen sind die damit angestoßenen Einigungsprozesse ein

*„Die Kontinuität der Arbeit liegt im Wandel – der Wandel liegt in der Kontinuität“*

**AKSB muss Plattform für die Kommunikation und Kooperation der Mitglieder bleiben.**

Selbstläufer. In Deutschland sieht man das an den Diskussionen über die Unterschiede in Deutschlands Osten und Westen, über Notwendigkeit des Solidaritätszuschlags oder die Beschäftigung von ehemaligen Stasi-Mitarbeiter/-innen. Im Europa der Europäischen Union stellen die Kontroversen um den europäischen Rettungsschirm und die gemeinsame europäische Währung nur die Spitze des Eisbergs dar. Trotz der vielfachen Beschwörungen der europäischen Idee verfügen die beteiligten Länder noch lange nicht über eine gemeinsame Vision von Europa, die auch in Krisenzeiten trägt. Noch unklarer wird es, wenn man die gesamteuropäische Situation unter Einbeziehung Russlands analysiert und nach dem gemeinsamen Demokratieverständnis fragt. Politische Bildung kann durch internationale Kontakte selbst einen Beitrag zum Aufbau von Kooperationsstrukturen leisten, wie die AKSB mit ihrer Beteiligung am Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung zeigt. In den Programmangeboten der politischen Bildung geht es um die Vermittlung von authentischen Informationen in einem Politikfeld, das viele nicht aus eigener Anschauung kennen.

**Neue und alte Themen**

Zu den klassischen Themen der politischen Bildung in der Demokratie gehört die Frage, mit welchen Mitteln am besten Partizipation und Engagement gefördert werden können. Je nach Zielgruppe und Ausgangsbedingungen muss darauf immer eine neue Antwort in Bezug auf Inhalte, Methoden und Formate gefunden werden. Als neu empfunden wird z.B. das Thema Umwelt und Nachhaltige Politik, obwohl es unter dem Gesichtspunkt der Bewahrung der Schöpfung in der Christlichen Sozialethik schon immer eine zentrale Stellung hatte.

**Öffentliche Förderung und Verwaltung**

Wer öffentliche Zuwendungen in Anspruch nimmt, wird immer wieder mit zwei Entwicklungen konfrontiert: der Fülle an Verwaltungsvorschriften und Kürzungen der Fördermittel. Die Zunahme des Verwaltungsaufwandes ließe sich noch verschmerzen, wenn sie einherginge mit einer Zunahme der Mittel. In der Regel ist es aber genau umgekehrt. Je weniger Mittel zur Verfügung stehen, desto mehr Aufwand ist oft damit verbunden. Natürlich haben die Zuwendungsgeber ein Recht darauf zu prüfen, ob die Mittel zweckentsprechend, wirtschaftlich vertretbar und sparsam eingesetzt werden. Auf der anderen Seite ist aber auch zu berücksichtigen, dass Art und Umfang der Pflichten dem Umfang der Förderung angemessen sind. Es ist unverständlich, dass Bildungs-(Klein)Pro-

jekte genauso behandelt werden wie die weitaus umfangreicheren Subventionen für die Wirtschaft. Für die AKSB war es deshalb immer ein Anliegen, sowohl für eine sachgerechte Verwaltung der Mittel als auch eine bedarfsgerechte Ausstattung der Förderprogramme zu kämpfen.

Ein Wort zum Stellenwert der Politischen Bildung: Zwar wird in Sonntags- und anderen Reden die Bedeutung der Politischen Bildung ausnahmslos betont. In der Realität aber ist sie oft Verschiebungsmasse in den öffentlichen Haushalten. Nur wenn das öffentliche Interesse bewegende Ereignisse vorkommen - wie Überfälle auf Migrant/-innen o.ä. - wird schnell die Verantwortung der politischen Bildung angeführt. So soll sie die Rolle der gesellschaftlich-politischen Feuerwehr spielen und gegen Extremismus jeder Prägung „bilden“. Das Gegenteil wäre richtig: Durch eine bessere Ausstattung mit Mitteln sollten diejenigen gestärkt werden, die sich für ein Engagement in demokratischen Strukturen interessieren.

**Organisation der Zusammenarbeit**

Die Evaluation der außerschulischen politischen Bildung und die daraus resultierenden neuen Richtlinien zum Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) brachten für die AKSB einschneidende Veränderungen der Zusammenarbeit. Waren es bis dahin die Jugendbildungsreferenten und -referentinnen, die die Klammer zwischen den einzelnen Einrichtungen und der AKSB bildeten, mussten nun neue Formen der bundesweiten Zusammenarbeit gefunden werden. Eine breit angelegte Diskussion fand ihr gutes Ende in den Richtlinien zur Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA) mit den Fachgruppen und Projekten: Die BZA hat sich meiner Ansicht nach bewährt. Freilich ist nicht zu verkennen, dass viele Mitglieder die mangelnden finanziellen und personellen Ressourcen in ihrer Arbeit beklagen und die Notwendigkeit sehen, die Beziehungen nach außen zu kappen. Andererseits wird der Austausch mit Personen und Einrichtungen innerhalb der AKSB als bereichernd erlebt und bringt zahlreiche Anregungen für die eigene Arbeit mit sich. Es ist zu hoffen, dass auch in Zukunft die AKSB eine Plattform für die Kommunikation und Kooperation der Mitglieder bleibt und dabei der persönliche Kontakt eine zentrale Rolle spielt. Nur wenn man sich kennt, kann man auch gemeinsam erfolgreich arbeiten.

Ihr

**Dr. Alois Becker**  
AKSB-Vorsitzender

## >>> 1. Vorstandsarbeit im Jahr 2011

Eine zentrale Aufgabe der Beratungen des AKSB-Vorstandes war in diesem Jahr (vier zweitägige Sitzungen) die Überprüfung der satzungsmäßigen Grundlagen der AKSB und ihres Rechtsträgers sowie der Möglichkeiten der Zusammenführung beider Strukturen. Die Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder sollten gestärkt, die Kommunikation und Transparenz innerhalb der Arbeitsgemeinschaft gefördert werden. Dazu hatte die Mitgliederversammlung den Auftrag erteilt und eine eigene Satzungskommission mit Beteiligung des Vorstandes, Teilnehmenden aus der Mitgliederversammlung und des Geschäftsführers benannt.

Dr. Siegfried Grillmeyer, CPH Nürnberg, leitete die Kommission, die zunächst die aktuelle Situation differenziert bewertete. Als Ergebnis der Analyse beschloss die Kommission einstimmig, die Doppelstruktur aufzugeben. Die neue Satzung sieht neben den bisherigen Organen des Vereins – Mitgliederversammlung (mit verstärkten Zuständigkeiten) und Vorstand – den Geschäftsführer/die Geschäftsführerin als drittes Organ vor. Dank der effektiven Arbeit der Satzungskommission, der strukturierten Vorbereitung durch die Geschäftsstelle, der Unterstützung aus dem Bereich der Wirtschaftsprüfung und eines auf Vereinsrecht spezialisierten Rechtsanwalts konnte relativ zügig ein diskussionsfähiger Entwurf erstellt werden. Dieser wurde der Leiterkonferenz im Juni 2011 vorgelegt und fand allgemeine Zustimmung. Nach einer erneuten Überprüfung des Entwurfs unter den Gesichtspunkten des Vereinsrechts, der Gemeinnützigkeit und allgemeiner Verfahrensregeln legt der Vorstand diesen nun in Abstimmung mit der Satzungskommission der AKSB-Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vor.

Die Geschäftsführung verstärkte den Informationsfluss an den Vorstand über die laufenden Aktivitäten der Geschäftsstelle und gab dem Vorstand so die Möglichkeit, der Steuerungsfunktion stärker nachzukommen. Eine Beschlussfassung über die Geschäftsordnung des Vorstandes und die Regeln der Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung ist nach Verabschiedung der neuen Satzung für die kommende Arbeitsperiode vorgesehen.

Auch wenn die Überprüfung der Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA) bereits im Jahr 2010 durchgeführt wurde, konnten die beschlossenen Veränderungen erst in diesem Jahr vollzogen werden. Die Arbeitsstruktur hat sich bewährt. Die vorgesehenen Poolstellen wurden eingerichtet. Für das Jahr 2012 steht eine Klärung an, welche weiteren Poolstellen möglich und erwünscht sind.

In seiner Funktion als Rechtsträger beschäftigte sich der Vorstand regelmäßig mit Fragen der Bewirtschaf-

tung öffentlicher Mittel. Hierzu wurden zu den einzelnen Förderprogrammen Verteilungsbeschlüsse gefasst. Die Geschäftsführung berichtete regelmäßig über wesentliche Entwicklungen der Förderbereiche. Auf Grund der knappen Mittel in einigen Förderprogrammen sieht der Vorstand den Bedarf, die aktuellen Grundsätze der Mittelverteilung zu erläutern und mit den Mitgliedern zu erörtern, inwieweit Veränderungen angebracht sind.

Innerhalb der Geschäftsstelle kam es zu einer Reihe von personellen Veränderungen. Nachdem Ende 2010 der Arbeitsbereich der Abteilung Bildung neu organisiert wurde, ergaben sich sehr positive Auswirkungen im Zusammenhang mit der Antragsbearbeitung, die in inhaltlicher Hinsicht nun zeitnah erledigt werden konnte. Da alle Mitarbeitenden in der Abteilung ihre Tätigkeit neu begonnen hatten, wurden sie in der Neuorganisation der Arbeitsprozesse und den Formen der Zusammenarbeit durch ein Coaching unterstützt. Im Bereich der Abteilung Förderung/Finanzen musste auf den erhöhten Arbeitsanfall durch wachsende Anforderungen der Zuwendungsgeber im Hinblick auf die Erfüllung formaler Voraussetzungen zur Förderung reagiert werden. Diese Entwicklung konnte durch eine gute Arbeitsorganisation und entsprechenden Einsatz der Mitarbeiterinnen weitestgehend aufgefangen werden. Eine besondere Herausforderung ergab sich durch die Notwendigkeit, das Aufgabenfeld Buchhaltung und Personal neu zu organisieren.

Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt der AKSB-Vorstand die Entwicklungen in der Mitgliedschaft: Eine Reihe von Mitgliedern verzeichneten im vergangenen Jahr Probleme, weil durch Umstrukturierungen, personelle Veränderungen und Finanzdiskussionen die Stabilität und Perspektive der Arbeit gefährdet waren. Auch wenn in den meisten Fällen inzwischen eine Klärung der Situation und eine Stabilisierung der Lage eingetreten ist, werden diese Entwicklungen mit Sorge gesehen. In einer Reihe von Fällen fehlen langfristig planbare Strukturdaten, die für eine fachlich qualifizierte politische Bildungsarbeit und Tätigkeit in der Jugend- und Erwachsenenbildung erforderlich sind. Neben dem Erhalt und der Qualifizierung der vorhandenen Fördermöglichkeiten wird von Seiten des Vorstands auch die Erschließung neuer Arbeitsfelder für die AKSB und die Projektentwicklung für wichtig erachtet. Aus diesem Grunde begrüßt der Vorstand die Bemühungen der Geschäftsstelle, den Arbeitsbereich der entwicklungspolitischen Bildung wieder auf- und auszubauen. Ebenfalls begrüßt er die Bereitschaft einer Reihe von Mitgliedseinrichtungen, in einer eigenen Projektgruppe Erfahrungen über Projektanträge und Projektdurchführung auszutauschen und ihre Projekte mit Innovationspotential in die AKSB-Arbeit einzubringen.

*Die Überprüfung der satzungsmäßigen Grundlagen der AKSB war eine zentrale Aufgabe der Vorstandsarbeit in 2011*

*Aktuelle politische und gesellschaftliche Ereignisse fordern Politische Bildung heraus*

## >>> 2. Zeitansagen

### Politische Ereignisse

Im Laufe des Jahres 2011 gab es zahlreiche Entwicklungen, die Anlass für Angebote in der politischen Bildung waren. Die Fülle an Themen macht eine Auswahl schwer. Die Schnelligkeit und Abfolge der Entwicklungen lässt zudem auch wichtige Ereignisse schnell in Vergessenheit geraten, wenn sie nicht vertieft und intensiv behandelt werden.

### Arabischer Frühling

Erste freie Wahlen in Tunesien - Befreiungsfeiern in Libyen - vorgezogene Parlamentswahlen in Marokko – Machtwechsel in Ägypten – wieder Tote in Syrien: Der tiefgreifende gesellschaftliche Wandel, der sich in diesen Ländern vollzieht, ist bemerkenswert. Es stellt sich als große Herausforderung dar, darüber authentisch und zeitnah zu informieren. Aus Sicht der politischen Bildung geht es dabei um die grundlegenden Fragen nach der Wahrung der Freiheitsrechte und der Gestaltung von Demokratie unter unterschiedlichen kulturellen Bedingungen.

### Atomkatastrophe – Energiewende

Noch sind keine zwölf Monate vergangen, seit es in Japan in Folge eines Erdbebens zu einer Atomkatastrophe kam. Die Nachrichten darüber sind zwar aus den Schlagzeilen verschwunden, die Auswirkungen auf die Energieversorgung in Deutschland sind aber grundlegend. Das gesamte Energiesystem in Deutschland wird umgestellt auf nachhaltige Energiequellen. Für die politische Bildung besteht die Herausforderung darin, zu dieser politischen Wende in einem zum Teil noch völlig unbekanntem Themenfeld Informationen zu sammeln und aufzubereiten. Der Politikwechsel kam für viele überraschend und muss erst nachvollzogen werden. Auch wenn der Grundsatz der Nachhaltigkeit seit einiger Zeit in die Politik Eingang gefunden hat, wurde er auf Energiefragen bisher nur begrenzt angewendet. Dies führte in der Bevölkerung zu starker Verunsicherung und zu Akzeptanzproblemen. In der Demokratie brauchen aber politische Entscheidungen die breite Zustimmung der Bevölkerung.

### Diversity

Jede Zeit hat ihre Schlüsselwörter und die damit verbundenen Konzepte. Was kulturelle Fragen der Gesellschaft betrifft, lautet der Begriff heute „Diversity“. Gemeint ist damit, dass es nicht nur einen Standard gibt, nach dem die Gesellschaft sich richtet, sondern angesichts der von den Sozialwissenschaftler/-innen erhobenen Befunde eine Pluralisierung der Lebenslagen zu akzeptieren ist. Für die politische Bildung stellt dies bekanntes Terrain dar. Auch bisher muss-

te sie sich auf unterschiedliche Zielgruppen und Ausgangssituationen der Teilnehmenden einstellen. Hinzu kommt aber jetzt, dass es im Hinblick auf die Gesellschaft und den Staat zu einer neu akzeptierten Vielfalt gibt.

### PID

Solange geforscht wird, wird es die Frage geben: Darf der Mensch alles machen, was möglich ist? Als Vernunftwesen sollte er nicht nur die technischen oder die wirtschaftlichen Probleme im Blick haben, sondern immer auch die ethische Dimension seines Tuns. Am Beispiel der Präimplantationsdiagnostik (PID) zeigt sich, dass die Auseinandersetzung darüber, was dabei noch ethisch zulässig ist und was nicht, immer wieder neu entflammt. Die medizinischen Möglichkeiten bringen auch Lösungen für Menschen und müssen abgewogen werden mit dem Preis, der darauf gezahlt wird. Politische Bildung kann in diesem Fall keine Entscheidungen bewirken, aber Informationen liefern. Sie kann Konfliktlagen herausarbeiten, in die Ärzte und Hilfesuchende, Abgeordnete und Wissenschaftler/-innen kommen, und Kriterien für die Bewältigung der Dilemmata erarbeiten.

### Rettungsschirm

Die politische Diskussion des Jahres 2011 war geprägt von dem Wort Rettung. Auch wenn von vielen nicht mehr genau verstanden wird, wer mit welchen Mitteln vor wem oder was gerettet werden soll, ist doch deutlich geworden, dass es nicht nur um Griechenland oder einen anderen europäischen Staat geht, sondern um ganz Europa und die langfristige Organisation der Weltwirtschaft.

Politische Bildung kann in diesem Kontext finanz- und wirtschaftspolitische Grundlagen vermitteln. Sie kann das Für und Wider der verschiedenen Lösungsansätze erörtern, wenn dafür angesichts der Schnelligkeit der Entwicklungen noch Zeit bleibt. Langfristig und grundsätzlich kann sie den Diskurs über strukturelle Veränderungen fördern, die vermeiden helfen, dass solche „Finanzengpässe“ überhaupt entstehen.

### Extremismus

2011 war das Jahr der Erinnerung an die Attentate des 9. September 2001 und der Tötung eines der maßgeblichen Urheber dafür, Osama bin Laden. Aus vielen Teilen der Welt wird von Attentaten und Kämpfen verfeindeter Parteien berichtet. Auch Deutschland bleibt von dieser globalen Entwicklung nicht verschont. Da ist zum einen der Einsatz der Bundeswehr in einer Reihe von Konflikten in dieser Welt und zum anderen gibt es immer wieder auch im Inland Anzei-



chen von Verhaltensweisen in der Bevölkerung, die gegen die Grundlagen unserer Demokratie gerichtet sind. Ob diese Aktivitäten von Links oder von Rechts kommen oder generell gegen die Gesellschaft gerichtet sind, ist letztlich unerheblich. Politische Bildung hat hier die Aufgabe, frühzeitig gegen Feinde unserer Demokratie zu sensibilisieren und ihre Vorzüge aktiv herauszustellen. Dann wird es auch gelingen, diejenigen zu identifizieren, die demokratische Freiheiten als Mittel zu einem (anderen) Zweck nutzen.

#### Politische Bildung und Politik

Politische Bildung steht auch immer im Rahmen von Bildungspolitik und allgemeiner Politik. Dazu sind aus dem vergangenen Jahr vier Entwicklungen zu benennen:

- **Eigenständige Jugendpolitik:** Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat mit der Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik begonnen. Im Dialog mit den bundeszentralen Trägern und mit Unterstützung aus der Jugendforschung will man der Bedeutung der Zielgruppe Jugend stärker Rechnung tragen. Erste Konzeptentwürfe sind veröffentlicht, und in Kürze gibt es Workshops zur vertiefenden Diskussion der einzelnen Themenfelder.
- **EU-Bildungsprogramme bis 2020:** Die EU-Kommission hat damit begonnen, die Arbeit für die Jahre 2013-2020 zu planen. Nachdem unter dem Titel Europa 2020 eine generelle Analyse mit dem Ziel der Beschäftigungsförderung erfolgt ist, wird nun an der Umsetzung dieser Leitlinie auf die europäische Bildungspolitik hingearbeitet. Was bisher dazu bekannt ist, kann nicht zufriedenstellen. Wie eine Besuchergruppe der AKSB beim Büro des Kommissionspräsidenten erfahren musste, ist die bisher verfolgte Absicht, auch die europäische Bürgerschaft zu fördern, in den Hintergrund getreten. Ende November will die Kommission ihren Vorschlag zur Weiter-

entwicklung der Bildungsprogramme veröffentlichen. Es wird dann zu klären sein, ob das dort zugrundeliegende Bildungsverständnis nur den wirtschaftlichen Anforderungen Rechnung trägt.

- **Deutscher Qualifikationsrahmen:** Bis zum Ende des Jahres 2011 soll in Deutschland festgelegt werden, wie der Europäische Qualifikationsrahmen auf deutsche Verhältnisse umgesetzt wird. Neben den Äquivalenzen verschiedener Abschlüsse geht es vor allem um die Rolle der nicht-formalen Bildung. Inzwischen wird erfreulicherweise anerkannt, dass die dadurch erzielten Kompetenzentwicklungen auch von Bedeutung sind. Es wird nun darauf ankommen, dass dies in dem erforderlichen Maß Eingang in den Beschlusstext findet. Die Bildungsträger werden auf dieser Grundlage ihren Beitrag zur Beschreibung des Kompetenzerwerbs leisten.
- **Bildung und Forschung:** Schon seit einiger Zeit gilt in Deutschland der Grundsatz, dass Bildung und Forschung für die Entwicklung unserer Gesellschaft hohe Bedeutung haben. 10 % des Bruttosozialprodukts sollen dafür aufgewendet werden. Der Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) steigt deshalb im Gegensatz zu anderen Haushaltstiteln stetig an. Erstaunlicherweise werden aber bestimmte Bildungsbereiche nicht berücksichtigt: So auch die politische Bildung. Trotz verschiedener Bemühungen wird dieser Arbeitsbereich, soweit er im Innenministerium angesiedelt ist, nicht nur nicht erhöht, sondern gekürzt. Die Folgen für die politische Bildung sind gravierend und sollten ein politisches Umdenken bewirken, wie es das Kuratorium der bpb auch fordert.

*Dokumentiert die Ergebnisse der bundesweiten Zusammenarbeit in der AKSB: Das alle zwei Jahre erscheinende AKSB-Jahrbuch im Wochenschau Verlag, das zunehmend bundesweit wahrgenommen wird (hier am Stand von GEMINI beim 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Stuttgart).*

*Bundesweite  
Zusammenarbeit wird  
in modifizierter Struktur  
fortgesetzt*

### >>> 3. AKSB-Strukturen

#### 3.1 Struktur der Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA)

Als Zusammenschluss von über 60 Akademien, Bildungseinrichtungen und Verbänden ist es Aufgabe der AKSB, die politische Bildung katholischer Träger anzuregen, zu fördern und zu koordinieren. Aufgrund ihrer je eigenen Tradition und Aufgabenstellung sowie regionaler Bedingungen verfolgen die Mitgliedseinrichtungen der AKSB und Verbände in der politischen Bildung bestimmte thematische Schwerpunkte und sprechen bestimmte Zielgruppen an. Die Bundesweite Zusammenarbeit (BZA) der Mitglieder sichert den Austausch untereinander sowie die Evaluation und Weiterentwicklung der Bildungsmaßnahmen der Träger. Die Mitwirkung der AKSB-Mitglieder wird in verschiedenen Stufen im Hinblick auf Intensität und Verpflichtung zur Teilnahme gewährleistet.

Im Jahr 2010 erfolgte aufgrund des Beschlusses des AKSB-Vorstandes die Überprüfung der Struktur der BZA. Ziel war es, den Bedarf im Bereich der Zusammenarbeit zu reflektieren und die derzeitige BZA dahingehend zu überprüfen, ob sie ihm entspricht. Auf Basis der Ergebnisse wurde eine revidierte Struktur der BZA erarbeitet, welche der Mitgliederversammlung 2010 zur zustimmenden Kenntnisnahme vorgelegt wurde. In der neuen Struktur sind die drei Fachgruppen erhalten geblieben. Hingegen wurde die Zahl der Infrastrukturstellen gestrafft und in Form der Einrichtung von Poolstellen eine Möglichkeit geschaffen, auf aktuelle Bedarfe reagieren zu können. Es gibt pro Fachgruppe je zwei Fachgruppenleitungen, welche auch Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit übernehmen. Die Aufteilung der Zuständigkeit zwischen Kursen der Jugend- und Erwachsenenbildung ist aufgehoben worden. Neu ist die Einrichtung von Poolstellen für besondere Aufgaben und Projekte. Die neue Struktur wurde mit Wirkung zum 1. April 2011 eingeführt. (Siehe auch die Übersicht in den Anlagen auf Seite 24 und 25)

Die Zahl der Konferenzen wurde gestrafft. Seit 2011 treffen sich alle Infrastrukturstelleninhabende und Mitarbeitende der Geschäftsstelle in der Regel quartalsweise zu einer gemeinsamen Konferenz zur Koordinierung der Arbeit in den Fachgruppen. Im Zuge der Neuorganisation wurde zudem ein Reflexionsprozess über die Arbeit und Aufgabenstellung der neu eingerichteten Infrastrukturstellenkonferenz angestoßen. Die Geschäftsstelle hat auf Basis der Anregungen der Konferenzteilnehmenden ein Positionspapier erarbeitet, welches derzeit im Abstimmungsprozess mit den Infrastrukturstelleninhabenden ist.

#### 3.2 Projekte

Projekte der AKSB sind gemeinsame Arbeitsvorhaben mit in der Regel zeitlicher Befristung in Projektleitung und Koordination und einer definierten Zielsetzung. Sie stehen allen Mitgliedseinrichtungen zur Mitwirkung offen. Die AKSB hat im Jahr 2011 ihre in den Vorjahren initiierten Projekte weiter etabliert und in den Netzwerken gefestigt, so dass für die Zukunft tragfähige langfristige Partnerschaften zwischen den einzelnen Kooperationspartnern und den Mitgliedseinrichtungen entstehen konnten. Ebenfalls sind neue Projekte angestoßen worden.

##### Arbeitsgruppe Projekte

Auf Anregung der Mitgliederversammlung 2010, verstärkt Projekte für die AKSB-Mitglieder zu initiieren, haben sich im April 2011 Reinhard Griep, Hans Nakath, Dr. Michael Schlitt und Wilfried Wieners gemeinsam mit Mitarbeitenden der AKSB-Geschäftsstelle zu einer Projekt-AG getroffen. Die Teilnehmenden tauschten untereinander Projektskizzen und -partner sowie Informationen zu Fördermöglichkeiten aus. Wichtig sind dabei die aktuellen Informationen aus dem Europabüro. Die Projekt-AG unterstützt die AKSB und ist bereit, mögliche Projektideen zu prüfen und ggf. zur Antragsreife zu bringen. Dies soll erstmalig im Rahmen des SV-Projektes erprobt werden. Die AG wird sich weiterhin zumindest einmal jährlich zum Erfahrungsaustausch treffen.

##### Projekt „Jugend im Web 2.0: Kompetent gegen Rechts“

Einen positiven Bescheid erhielt die AKSB-Geschäftsstelle vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zum Projektantrag „Jugend im Web 2.0: Kompetent gegen Rechts“ im Themenbereich „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ im Oktober 2011. Mit dem Projekt will die AKSB mit Jugendlichen in Schülervertretungen und Jugendverbänden die Möglichkeiten von Web 2.0-basierten und gegen Rechtsextremismus gerichteten Strategien ausloten sowie Modellprojekte konkretisieren und umsetzen. Ziel ist die Entwicklung eines kreativen Netzwerks, das rechtsextreme Vorstöße registriert, Kampagnen gegen Rechts (online und offline) organisiert und Methoden einer wirksamen Gegenwehr der konkreten S(M)V-Arbeit gegen Rechts entwickelt. Von fachlichem Interesse ist dabei unter anderem, ob durch die dialogischen Nutzungsmöglichkeiten des Web 2.0 in diesem Themenbereich neue Partizipations- und Engagementformen entstehen und wie diese von Jugendlichen genutzt werden. Gleichzeitig stellt sich die Frage, welche persönlichen Risiken im Engagement für Demokratie und Menschenrechte im Web 2.0 auf Jugendliche





zukommen und wie diese wirksam im Zusammenspiel mit Staat und Zivilgesellschaft gering gehalten werden können. Vor allem durch die Veranstaltung von zwei Tagungen (im Februar und Mai 2012) mit Expert/-innen aus dem Themenbereich soll die Grundlage zur Entwicklung geeigneter, nachhaltiger kick-off-Projekte gelegt werden. In einer Dokumentation und Evaluation werden die Ergebnisse des Projekts festgehalten und wissenschaftlich bewertet. Projektreferent ist für die erste Projektphase vom 1. November 2011 bis 29. Februar 2012 Markus Riefling, Projektkoordinator ist Markus Schuck.

### SV-Projekt

Die Poolstelleninhaberin „Partizipation und Schule (Arbeit in Schülervertretung/Schülermitverwaltung-S(M)V)“, Julia Marggraf, wird nach Abstimmung mit den Interessenten einen Projektantrag erarbeiten, der sich dem Auf- bzw. Ausbau der S(M)V-Arbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen widmet. Hierbei ist insbesondere an die S(M)V-Arbeit mit Haupt-/Realschulen gedacht. Aufgrund der derzeitigen politischen Überlegungen, die Hauptschulen in andere Schulformen zu integrieren, sieht die AKSB hier die Möglichkeit, den Wandel als Gestaltungschance zu begreifen: Die SV könnte einerseits neu aufgestellt werden bzw. sich andererseits produktiv einbringen. Die Veranstaltungen sollen ab dem Schuljahr 2012/13 durchgeführt werden. Als Fernziel ist die Erstellung eines Methodenhandbuchs angedacht.

### Bundesfreiwilligendienst

Mit dem Aussetzen der Wehrpflicht wurde zum 1. Juli 2011 der Bundesfreiwilligendienst (BFD) eingeführt. Hierbei sollen bis zu 24.000 Menschen künftig die Möglichkeit haben - unabhängig von ihrem Lebensalter - ihren Dienst zum Wohle der Allgemeinheit zu leisten. Zusammen mit dem BDKJ möchte die AKSB im Jahr 2012 in Kooperation mit Einrichtungen aus Politik, Zivilgesellschaft und Kirche BFD-Plätze mit pädagogischen Betreuungsangeboten anbieten. In den Begleitseminaren sollen die Erfahrungen in der BFD-Arbeit ausgetauscht und reflektiert sowie in einen

gesamtgesellschaftlichen Kontext gestellt werden. Aufgrund der derzeitigen Anmeldungen zum BFD soll ein weiteres Ziel die Schaffung von Einsatzmöglichkeiten sein. Damit soll ein Beitrag zur Etablierung des BFD als attraktive Engagementform geleistet werden. Derzeit werden mögliche Einsatzfelder und Kooperationspartner abgeklärt.

### Total GENial

Als Bietergemeinschaft wollten die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB), die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) und der Leiterkreis der Katholischen Akademien in Diskursprojekten unter dem Titel „Total GENial“ Fragestellungen der Gentechnik behandeln. Themen der Veranstaltungen sollten u.a. die im letzten Jahr wieder auf die Tagesordnung gesetzte Diskussion um die ethische Bewertung der PID sowie die Fragen um patentiertes Saatgut sein. Dieser Antrag war leider nicht erfolgreich.

### Projekt European InfoNet Adult Education

Das Grundtvig-Projekt European InfoNet Adult Education ([www.infonet-ae.eu](http://www.infonet-ae.eu)) befand sich von Oktober 2008 bis September 2011 in seiner zweiten Projektphase. Eine beantragte Fortführung in einer dritten Projektphase ist leider nicht in die Endrunde der Förderung gekommen. Mit InfoLetter und Website verfügt das Netzwerk derzeit über eine optimale Informationsplattform für Nachrichten zu aktuellen Themen und Entwicklungen in der europäischen Erwachsenenbildung. Dem Netzwerk gehörten zuletzt 27 Korrespondenten aus 22 Ländern an. Seitens der AKSB waren Geschäftsführer Lothar Harles Mitglied der Steuerungsgruppe, Markus Schuck Mitglied der Arbeitsgruppe Marketing und Bildungsreferent Pascal Kreuder Korrespondent.

### Kooperation mit Bundeswehr und Militärseelsorge

Die AKSB hat ihre Kooperation mit der Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung sowie mit der Katholischen Militärseelsorge im Bereich der ethischen

*Die Projektbeteiligten von European-InfoNet bei der Konferenz in Neapel.*

**Kompetente Beratung  
und Unterstützung  
durch die  
AKSB-Geschäftsstelle**

Bildung im Jahr 2011 fortgeführt. Etwa ein Drittel aller AKSB-Mitgliedseinrichtungen ist an diesem längerfristig angelegten Kooperationsprojekt beteiligt.

**Netzwerk politische Bildung in der Bundeswehr**

Die AKSB ist Mitglied des von der bpb initiierten Netzwerks politische Bildung in der Bundeswehr und übermittelt Anfragen der Bundeswehr an die beteiligten Mitgliedseinrichtungen. Die bpb informiert bei einem jährlich stattfindenden Netzwerktreffen über aktuelle Entwicklungen in der Bundeswehr, welche ebenfalls an die Mitglieder weitergegeben werden. Die Verantwortlichen in der Bundeswehr konnten sich auch 2011 wieder über die online-Informationendienste der bpb und des Verteidigungsministeriums direkt an kompetente Träger wenden oder sich über die AKSB-Geschäftsstelle ausgewählte AKSB-Mitglieder empfehlen lassen.

**AKSB/KBE Projekt zum Lebenskundlichen  
Unterricht**

Für die Katholische Militärseelsorge bietet die AKSB seit Jahren Angebote in den Bereichen Exerziten, Werkwochen oder auch Familienveranstaltungen. Seit 2009 trägt die Dachorganisation der katholischen Erwachsenenbildung, die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE), unter Federführung der AKSB-Geschäftsstelle das Projekt „Lebendkundlicher Unterricht (LKU)“ mit. Die Erprobungsphase der Zentralen Dienstvorschrift aus dem Bundesverteidigungsministerium zum LKU ist beendet und die Dienstvorschrift (ZDV) gilt unbefristet weiter. Sie sieht drei Tage Lebendkundlichen Unterricht für alle Soldat/-innen pro Jahr vor. Träger der katholischen Erwachsenenbildung bringen in diesem Projekt ihre Kompetenzen und Ressourcen ein, um die Katholische Militärseelsorge beim Lebendkundlichen Unterricht zu unterstützen. Die entstandenen Kooperationen zwischen der Katholischen Militärseelsorge und den Bildungsträgern sind mittlerweile gefestigt. Die Ergebnisse der durchgeführten LKU-Kurse werden an die AKSB-Geschäftsstelle übermittelt und dort ausgewertet.

**AKSB Kooperation mit der KAS**

Die AKSB hat seit dem Jahr 2009 eine Kooperation mit der Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung e.V. (KAS) und lädt diese regelmäßig zur Kooperationskonferenz Bundeswehr und Katholische Militärseelsorge ein.

**Kooperation mit der Polizei- und  
Bundespolizeiseelsorge**

Ausgewählte Bildungseinrichtungen der AKSB arbeiten auch 2011 mit der Polizeiseelsorge des Bundes und der Länder zusammen. Gemeinsam mit den Polizeiseelsorgern werden Seminare zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen, zur Ethik- und Wertevermittlung sowie zu dienstbezogenen Themen erarbeitet und durchge-

führt. Dabei werden soziale und seelsorgliche Anliegen, Themen der politischen Bildung und Fragen des gesellschaftlichen Werte- und Normenkanons in Bezug auf den Polizeidienst aufgegriffen.

**3.3 Geschäftsstelle**

Die Geschäftsstelle unterstützt die Mitglieder der AKSB gemäß des Satzungsauftrages im Bereich der politischen Bildung durch Außenvertretung, inhaltliche Weiterentwicklung der politischen Bildung sowie Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel. Dazu dient sie auch als Zentralstelle gegenüber den Fördergebern.

Das Jahr 2011 ist geprägt durch eine weitere Reduzierung der finanziellen Mittel, die den AKSB-Mitgliedern zur Verfügung stehen. Dazu führen einerseits weitere teils existenzbedrohende Einsparungen bei vielen kirchlichen Trägern (Bistümern, Ordensgemeinschaften etc.), andererseits haben einige Zuschussgeber Kürzungen vorgenommen und weitere angekündigt. Während beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ, Förderprogramme des KJP) lediglich geringe Einschnitte zu verkräften sind, wirken sich diese beim Bundesministerium des Innern (Förderprogramm bei der bpb) deutlich aus (ca. 1/3 der Förderung bis 2012). Weitgehend stabil bleiben die Zuschüsse des BMZ (entwicklungspolitische Bildung) und des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW).

Aufgrund von Nachanträgen konnten Ende September weitere Fördermittel der bpb eingeworben werden, auch stellt sich eine Projektmöglichkeit im Bereich der politischen Bildung gemäß KJP. Aufgrund von Kursabsagen konnten 2010 in den Förderprogrammen bpb und KJP International nicht alle Fördermittel verwendet werden.

Aus Sicht der Zentralstelle muss gleichzeitig festgehalten werden, dass die Verwaltungsverfahren in vielen Förderprogrammen steigende Anforderungen an die Zuwendungsempfänger stellen (Einführung der Voranmeldungen im KJP Politische Bildung, Beleglisten der bpb und vermehrte Widersprüche, neue Formulare bei der GIZ). Die Zentralstelle versucht dabei, die Belastung der Mitgliedseinrichtungen möglichst gering zu halten. Dies gelingt durch eine systematische Überprüfung in der Zentralstelle, die Kursdatenbank KuBa, die Zentralisierung der Eingangssachbearbeitung, die verantwortliche Steuerung der jeweiligen Förderprogramme durch die Sachbearbeiterinnen und die enge Zusammenarbeit zwischen Sachbearbeitung Finanzen und Bildung, die optimiert worden ist. Beim DPJW konnte aufgrund der Fördervereinbarung und der durch das Jugendwerk eingeführten Software SOWA der Verwaltungsaufwand verringert werden. Dabei kommt der Zentralstelle eine wachsende Verantwortung für die ordnungsgemäße Abwicklung der Förderung zu, die auch mit weiteren Prü-



fungen und entsprechender Berichterstattung verbunden sind. Dank gilt den Mitarbeitenden der Zentralstelle, die sich engagiert dem zusätzlichen Arbeitsaufwand und den personellen Vakanzen stellen und die Mitgliedseinrichtungen unterstützen.

Neben den unangekündigten Tagungsbetreuungen der bpb vor Ort, die durch die Zentralstelle begleitet wurden und auch im Berichtszeitraum einmal mehr die hohe inhaltliche Qualität der Seminare unterstrichen haben, stand im Oktober des Jahres eine vertiefte Prüfung ausgesuchter Träger hinsichtlich der finanziellen Abwicklung der Maßnahmen an.

Große Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Förderung durch die bpb erzeugt die Richtlinien-Diskussion, die aufgrund der Umsatzsteuer-Problematik begonnen wurde. In zahlreichen Sitzungen, Telefonkonferenzen und Stellungnahmen hat die Zentralstelle als Mitglied der entsprechenden Arbeitsgruppe beim bap zu den Richtlinien-Entwürfen der bpb Stellung genommen und insbesondere auf die Problematik von Zentralstellen hingewiesen. Viele Einzelfragen der praktischen Umsetzung sind nicht geklärt. Daher bemüht sich die Arbeitsgruppe, gemeinsam mit der bpb Lösungsansätze zu entwickeln, die auch für die Träger vor Ort umsetzbar sind. Die neuen Richtlinien werden nicht zum 1. Januar 2012 eingeführt, weil das Verfahren nicht rechtzeitig zwischen den beteiligten Bereichen abgestimmt werden konnte. Der Jahresantrag 2012 kann auf der alten Richtlinien-Grundlage erstellt werden.

Hinsichtlich der Förderung bringen die neuen Richtlinien auch finanzielle Vorteile, insbesondere durch Erhöhung des Zuschussbetrages pro Tag und Teilnehmenden. Allerdings wird die Finanzierungsart völlig umgestellt: von einer Fehlbetrags- auf eine Festbetragsfinanzierung. Letztlich werden – auch unter Berücksichtigung der weiteren Kürzungen seitens der bpb – mit den neuen Richtlinien deutlich weniger Maßnahmen gefördert werden. Auch muss die Zentralstelle Verfahren finden, wie die Mittel weiterhin gerecht zwischen den einzelnen Mitgliedern aufgeteilt werden können.

Die Übernahme der Sachbearbeitung für die Einrichtungen der KBE im Förderprogramm der bpb kann im zweiten Jahr als reibungslos bezeichnet werden. Die KBE-Einrichtungen wurden erfolgreich in das Abrechnungsverfahren der Zentralstelle integriert, so dass der Mehraufwand gering gehalten werden konnte. Erfreulich ist, dass die Restmittel 2010 der AKSB an die Einrichtungen der KBE verteilt werden konnten und damit dem Bereich der katholischen Träger zur Verfügung standen. Insofern ist für die KBE die Sachbearbeitung durch die AKSB mit deutlichen Vorteilen verbunden.

Die dreitägige Verwaltungsfachtagung fand 2011 in der Akademie Klausenhof statt, die zugleich Kooperationspartner dieser Tagung ist. Die gleichbleibend hohe Anzahl der Teilnehmenden in den vergangenen Jahren zeigt, dass für die Mitarbeitenden in den Verwaltungen der Bildungseinrichtungen ein erheblicher Informations- und Fortbildungsbedarf besteht. Insbesondere der kollegiale Austausch wird als eines der wichtigsten Ziele der Konferenz beschrieben. Aktuelle Entwicklungen in den Feldern Finanzen, Steuern, Personal, Organisation und nicht zuletzt im Zuwendungswesen werden durch Kurzvorträge bekannt gemacht und durch Diskussionen um Erfahrungen der Teilnehmenden bereichert.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der AKSB-Geschäftsstelle dient zum einen der Information der Mitglieder und der Kommunikation innerhalb der Arbeitsgemeinschaft, zum anderen der Schärfung des eigenen Profils gegenüber den Kooperationspartnern und in der Fachöffentlichkeit. Erneut haben die unterschiedlichen Publikationen hierzu einen Beitrag geleistet: AKSB-*Inform* (4 Ausgaben), AKSB-*Informail* (mtl.), *Didado@-spezial*, Infoblätter und Dossiers. Online wird die AKSB mit den Angeboten auf der Website unter **www.aksb.de** sichtbar, seit September auch auf facebook mit steigender Beachtung und Netzwerkbildung. Zugenommen hat auch der Beratungsbedarf zu Fragen des „Web 2.0“.

*Teilnehmende der  
Verwaltungsfachtagung 2011  
in der Akademie Klausenhof.*

*Demokratie und Partizipation sind Kernthemen der politischen Bildung*

## >>> 4. Themen, Formate, Didaktik, Zielgruppen

### 4.1. Demokratie und Partizipation

Demokratie ohne aktive Bürgerbeteiligung ist nicht denkbar und überlebensfähig. Nur wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich einzumischen, aktiv zu werden, Verantwortung zu übernehmen und die politischen Entscheidungsprozesse mitzugestalten, wird Demokratie lebendig und vom Volk legitimiert. Die demokratische Partizipation zielt darauf ab, möglichst viele Interessen und Werte der Mitglieder einer Gesellschaft in den demokratischen Entscheidungsprozess einzubinden. Dabei kann die politische Teilhabe unterschiedliche Formen annehmen: Wahlen, Abstimmungen, Petitionen, Bürgerinitiativen, neue Beteiligungsformen wie die E-Partizipation. Wenn aber die Distanz zwischen Politik und Bürgertum zu groß erscheint, dann melden sich die „Wutbürger/-innen“ zurück und gehen auf die Barrikaden. Dies hat die neue Bürger/-innen- und Protestbewegung im Jahr 2011 gezeigt. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen europäischen Staaten gingen die Menschen auf die Straße, um ihrer Wut und Frustration Ausdruck zu verleihen sowie für die eigenen Interessen einzutreten. Die Demonstrationen gegen Stuttgart 21 oder die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen in Spanien seien hier nur exemplarisch benannt. Neben den Protesten in demokratischen Staaten war das Jahr 2011 ebenfalls geprägt von Protesten und Revolutionen in Diktaturen in Nordafrika und Nahost. Hier stehen die Menschen noch am Anfang der Demokratisierungsprozesse. Während die einen die Demokratie anstreben, sehen die anderen die Demokratie in ihrem eigenen Land vielen Bedrohungen ausgesetzt: Der Rechtspopulismus erlebt gegenwärtig einen enormen Zulauf, die Erosion der Parteien nimmt stetig zu, die Wahlbeteiligung sinkt, und zudem sehen viele Menschen demokratische Grundwerte im Zeitalter von Web 2.0 als gefährdet an. Während Bürger/-innen demonstrieren, sind Politiker/-innen ratlos und suchen nach neuen Formen der Partizipation und Entscheidungsfindung. Was aber bedeuten diese Entwicklungen für die politische Bildung?

Demokratie und Partizipation sind Kernthemen politischer Bildung. Demokratie braucht Demokraten. Diese fallen bekannterweise nicht vom Himmel, sondern müssen immer wieder im Laufe ihres Lebens demokratisches Handeln erlernen, zur Partizipation ermutigt und befähigt werden. Partizipation stellt das herausragende Ziel politischer Bildung dar. In Zeiten des Protestes, der aufflammenden Bürgerinitiativen und des allgemein sehr aktiven bürgerschaftlichen Engagements, drängt sich die Frage auf, wie politische Bildung darauf reagiert. Klaus-Peter Hufer setzt sich mit dieser Frage im Journal für politische Bildung Nr. 01/2011 auseinander. Nicht

jeder Initiative, nicht jedem Protest und nicht jedem Bürgerbegehren könne Gemeinwohl und allgemeine Verbindlichkeit unterstellt werden. So müsse politische Bildung den Blick aufs Ganze anbieten und einfordern. Andere Politikdidaktiker/-innen sorgen sich um das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Parteiendemokratie, wobei das Ende der Parteiendemokratie durch das Schrumpfen der Mitgliederzahlen in den Parteien befürchtet wird. Die Erosion der Parteien sei ein Alarmsignal für die deutsche Demokratie, denn diese ist in einem hohen Maße an funktionsfähige Parteien gebunden.

Die Themen Demokratie und Partizipation sind in den Fachdiskursen und Veranstaltungen der AKSB sehr präsent. Katholisch-sozial orientierte politische Bildung will ihrem Selbstverständnis nach die freiheitliche Demokratie stärken und die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sowohl auf zivilgesellschaftlicher als auch politischer Ebene fördern. Was unter Partizipation und insbesondere unter politischer Partizipation zu verstehen ist, wurde bereits auf der AKSB-Jahrestagung 2009 in Fulda intensiv diskutiert. Die Diskussion wurde danach in sämtlichen Gremien der AKSB (u.a. in der FG I) fortgeführt. Ein Teil der aktualisierenden Ergänzung der AKSB-Konvention aus dem Jahr 2009 widmete sich ebenfalls der demokratietheoretischen Verortung der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung sowie den existierenden Bürgerbildern in der politischen Bildung. Seit Anfang 2010 besteht auf AKSB-Ebene das Merkblatt „Partizipation“, welches den Seminarleitungen Anregungen für die Kursplanung, -durchführung und -evaluation bzgl. der Partizipation geben soll. Seitdem ist die Qualität der Evaluationsberichte zum Berichtspunkt „Partizipation“ stetig gestiegen. Die Sitzung der Fachgruppe I fand im Februar 2011 zum Thema „Protest in der Demokratie – Herausforderungen für die politische Bildung“ statt, wobei aktuelle Protestbewegungen im Land aufgegriffen werden konnten. Neben dem Fachdiskurs konnten didaktische Ansätze zur Thematik entwickelt werden. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Protest wurde innerhalb der Fachgruppe I im Herbst fortgeführt, wobei der Fokus auf den internationalen Protest gelegt wurde. Dabei wurden die Aufgaben politischer Bildung, die sich aus den aktuellen Ereignissen ergeben, und explizit der Zusammenhang von Partizipation/Aktion und politischer Bildung reflektiert.

Die Themen Demokratie und Partizipation werden in zahlreichen Kursen der Jugend- und Erwachsenenbildung aufgegriffen. Generell kristallisiert sich aus den Evaluationsberichten heraus: Letztendlich alle Veranstaltungen der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung zielen auf die Partizipation der Teilnehmenden ab, wobei die Schwerpunktsetzungen variieren. Meh-



rere Maßnahmen lassen bereits aufgrund des Titels auf die Beschäftigung mit Partizipation und/oder Demokratie schließen: „Mitbestimmen – aber wie?“, „Motivation zum gesellschaftlichen Engagement“, „Gemeinsam für Demokratie“ oder „Partizipation konkret“. Besonders wichtig war im Berichtszeitraum das Aufzeigen von Partizipationsmöglichkeiten und die Motivation zum Engagement – sowohl auf zivilgesellschaftlicher als auch politischer Ebene. In einigen Kursen wurde die explizite politische Partizipation thematisiert, so z.B. die Partizipation in der Kommunalpolitik allgemein oder die Mitwirkung im Integrationsrat. Darüber hinaus wurden in einigen Veranstaltungen neue Formen politischer Partizipation im Zeitalter des Web 2.0 sowie die Demokratiebewegungen in Nordafrika und Nahost aufgegriffen. Die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Demokratietheorien lässt sich nach wie vor in den Kursen kaum wiederfinden. Die Beschäftigung mit demokratietheoretischen Ansätzen gehört jedoch zum Kernbestand politischer Bildung und darf nicht vernachlässigt werden.

Die Seminarleitungen bedienten sich bei der Durchführung der Veranstaltungen vielfältiger Methoden, um die Themen Demokratie und Partizipation den Teilnehmenden näher zu bringen. So kamen Betzavta-Methoden, Zukunftswerkstätten, Planspiele, Podcasts und Gespräche mit Expert/-innen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zum Einsatz. Durch die Vielfalt der Methoden und die verschiedenen Zugänge konnten Partizipation auf unterschiedlichen Ebenen und Demokratie in ihren vielfältigen Facetten greifbar gemacht werden. Bei den erreichten Zielgruppen in diesem Themenfeld handelte es sich sowohl um Jugendliche als auch Erwachsene. Besonders hervorzuheben sind Veranstaltungen mit Multiplikator/-innen, die anhand von Betzavta demokratisches Handeln einübten und den Transfer auf die Seminararbeit mit Schülervertretungen schufen.

Die Stärkung der freiheitlichen Demokratie und die Förderung der Partizipation der Bürger/-innen bleiben herausragende Ziele katholisch-sozial orientierter politischer Bildung. In Zeiten, in welchen einerseits Politikdistanz zu

beobachtet ist, die sich in sinkender Wahlbeteiligung und schrumpfenden Volksparteien niederschlägt, und andererseits eine starke Zivilgesellschaft zu verzeichnen ist, die sich in Bürgerbegehren und Protestbewegungen organisiert, muss die katholisch-sozial orientierte politische Bildung ihre Ziele und Aufgaben neu reflektieren und weiterentwickeln. So bleibt es weiterhin zu diskutieren, ob und wie zivilgesellschaftliches Engagement in aktive politische Bürgerschaft münden kann und welche Aufgaben katholisch-sozial orientierte politische Bildung dabei übernehmen will. Wichtig ist hierbei die Auseinandersetzung auf Basis christlicher Soziallehre damit, wie die Balance zwischen Individuum und Gesellschaft herzustellen ist. Auch die internationale Perspektive sollte dabei nicht zu kurz kommen. So bieten die jüngsten Demokratiebewegungen in Nordafrika und Nahost viele Anknüpfungspunkte zu grundlegenden Themen der politischen Bildung, wie z.B. den Menschenrechten und der Rolle der neuen Medien. Generell muss sich die AKSB stetig im Zeichen der Zeit den damit einhergehenden Herausforderung stellen und Veranstaltungsformate und Produkte entwickeln, um ihre Zielgruppen und vor allem Politikdistanzierte zu erreichen.

## 4.2 SV-Arbeit

Die Seminararbeit mit Schülervertretungen ist eng verknüpft mit dem aktuellen Diskurs zum Zustand der Demokratie in Deutschland (Stichwort Demokratieverdrossenheit und Bürgerproteste) und zur aktuellen Bildungspolitik. Jugendliche, die in der Schülervertretung aktiv sind, widerlegen das von den Medien transportierte Bild vom politisch desinteressierten Jugendlichen, der gesellschaftlich nicht engagiert ist. Seminare der politischen Bildung mit den SV-relevanten Zielgruppen, fördern und befähigen Jugendliche, die zur Übernahme von Aufgaben oder Ämtern innerhalb einer Schülervertretung bereit sind. In den Seminaren werden Kenntnisse zum Themenfeld „Demokratie“ vermittelt, die Handlungskompetenzen gestärkt und der Raum für Erfahrungsreflexion eröffnet. Innerhalb der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung ist die Arbeit mit Schülervertretungen seit langem ein Schwerpunkt. Im

*SV-Arbeit ist ein wichtiges Themenfeld in der AKSB-Bildungsarbeit.*

### **Methodisch- didaktische Vielfalt bei SV-Kursen**

Jahr 2011 wurde auf Beschluss des AKSB-Vorstands einer der beiden besonderen Förderschwerpunkte für innovative Seminare auf die SV-Arbeit gelegt.

In der Fachgruppen-internen Diskussion ist die SV-Thematik weiterhin präsent. Zum einen wurde der Antragsentwurf des SV-Projekts kritisch diskutiert und weiterentwickelt. Zum zweiten ergaben sich auch inhaltliche Schnittmengen zum Jahresthema „Protest“ der Fachgruppe I „Das Politische“. Die hier geforderte Wiederaufnahme der Diskussion zum Verhältnis von politischer Bildung und politischer Aktion hat auch Konsequenzen auf Inhalt und Methodik der SV-Seminare.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2011 wurden bei sieben Mitgliedseinrichtungen der AKSB (Bonifatiushaus, Franziskanisches Bildungswerk, Haus am Maiberg, Heinrich Pesch Haus, Jugendbildungsstätte Haus Maria Frieden, Jugendbildungsstätte Marstall Clemenswerth, Jugendbildungsstätte Waldmünchen der KAB und CAJ) zehn Seminare mit Schülervertreter/-innen und SV-Multiplikator/-innen durchgeführt, darunter zwei übergreifende Seminare mit SV-Mitgliedern von verschiedenen Schulen. Hervorzuheben ist, dass in diesem Zeitraum zusätzlich eine Fortbildung zur SV-Thematik für nebenamtliche Mitarbeiter/-innen durchgeführt wurde, auf der die Weiterentwicklung von relevanten Seminarbausteinen in Hinblick auf die Themenfelder Gender und Integration/Migration diskutiert wurde. Für das zweite Halbjahr 2011 sind weitere Seminare beantragt und geplant, zumal der Herbst erfahrungsgemäß als Hauptzeit für SV-Seminare gilt. Kritisch angemerkt werden muss, dass sich die Zusammensetzung der erreichten Zielgruppen in den SV-Seminaren nicht verändert hat: Nach wie vor dominiert die Zusammenarbeit mit Klassensprecher/-innen und Schülersprecher/-innen von Gymnasien. Die Schülervertretungen von Haupt- und Realschulen werden kaum erreicht. Inhaltlich wurden erwartungsgemäß die Themenfelder „Demokratie und Schule“, „Rechte und Pflichten“ sowie „SV-Handwerkszeug“ in den Seminaren behandelt. Besondere Bedeutung schienen einige Seminare auch in Hinblick auf die organisatorische Weiterentwicklung von Schülervertretungen und deren zukünftige Vernetzung mit anderen Schulen zu haben. Die in den Kursen erkennbare methodisch-didaktische Vielfalt (wobei verstärkt auf aktivierende Methoden gesetzt wird) zeugt von der nach wie vor hohen Kompetenz der AKSB-Mitgliedseinrichtungen in der SV-Arbeit.

Die Einführung des verkürzten Gymnasialzugs „G8“ in verschiedenen Bundesländern zeigt verstärkt Wirkung auf die SV-Arbeit und somit auch auf die SV-Seminare. Zum einen verändert sich die Zusammensetzung der Schülervertretung durch den Wegfall eines Schuljahres in der Oberstufe: Die SV wird insgesamt jünger und teilweise fehlen volljährige Schüler/-innen, die für bestimm-

te Aufgaben in der SV-Arbeit gebraucht werden. Zum zweiten wächst der schulische Leistungsdruck, der zur Folge hat, dass Jugendliche auch weniger Unterstützung für SV-Engagement durch ihre Eltern erfahren. Die Unzufriedenheit mit „G8“ birgt ein gewisses Protestpotential in sich. Einige Landesschülervertretungen treffen bereits Vorbereitungen für einen „Bildungsstreik 2011“. Die politische Bildung sollte auf diese bildungspolitische Frage reagieren.

Ein Desiderat ist die Weiterentwicklung der SV-Seminare in Hinblick auf Web 2.0. Trotz der hohen Relevanz der sozialen Netzwerke für Jugendliche – und wohl teilweise auch für die Organisation der Schülervertretungen – spielt diese Thematik bisher keine Rolle in den SV-Seminaren der AKSB. Die Impulse der AKSB-Jahrestagung „Gesellschaft im Zeichen von Web 2.0“ sollten aufgegriffen und für die SV-Seminare fruchtbar gemacht werden (siehe nun auch das Projekt „Jugend im Web 2.0: Kompetent gegen Rechts“, S. 8).

### **4.3. Historisch-politische Bildung**

Über sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Erinnerung an die NS-Zeit, vor allem an ihre Verbrechen und Opfer, fest in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland verankert. Längst bildet die Erinnerung an die NS-Zeit so etwas wie das Paradigma kollektiver Erinnerung schlechthin. Wie sehr sich die normativen Grundlagen der sich herausbildenden Weltgesellschaft in der Auseinandersetzung mit den Verbrechen der NS-Zeit konturiert haben, wird an einer reflexiv werdenden „Erinnerungsgeschichte“ immer deutlicher. Das Bewusstsein dafür, warum dies alles so ist und speziell die Erinnerung an den Holocaust bleibender Bestandteil deutscher Identität sei (so Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrem Staatsbesuch 2008 in Israel), muss jedoch – soll es von jüngeren Generationen nicht als Diktat und „ungerechtes“ Verhängnis empfunden werden – stets neu erzeugt, plausibilisiert und zugleich diskutierbar gemacht werden.

Auch die Erinnerung an die „deutsche Geschichte“ im Kontext der Zerteilung und Wiedervereinigung sucht sich vielfältige Ausdrucksformen. Aufgabe der politischen Bildung im historischen Kontext ist es, sich wegweisend an den Diskussionen über neue Formen historischen Lernens und der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit zu beteiligen.

Formate der Erinnerung sind hierbei ebenso wichtige Grundlagen wie Kenntnisse über Geschichts- bzw. Erinnerungspolitik bis hin zur aktuell wieder neu propagierten Forderungen nach einer „Kultur des Vergessens“.

Die Schwerpunktbereiche des historisch-politischen Lernens sind im interfachlichen Diskurs innerhalb der



AKSB kaum Thema. Ohnehin sind es nur wenige Mitgliedseinrichtungen, die sich hier – allerdings umso umfassender - mit Kursangeboten präsentieren, in der Kursausrichtung stark orientiert und angebunden an historische Lernorte. Zweifelsohne wären sowohl international ausgerichtete (USA, Israel, Polen..) Bildungskonferenzen zum Thema NS als auch Fachtagungen zum Schwerpunkt „Migration und NS-Vergangenheit“ angelehnt an neuere Forschungen sehr gut als weiterführende Diskurse innerhalb der AKSB denkbar.

Der Schwerpunkt ist insgesamt in den Seminarangeboten hoch präsent. Wie die ausgewerteten Kurse belegen, ist historisch-politische Bildung zum Themenschwerpunkt Nationalsozialismus ein ungebrochener „Bestseller“. Die Anzahl der im Bereich der Jugendbildung durchgeführten Seminare hierzu „toppt“ alle anderen inhaltlichen Schwerpunktbereiche in der Fachgruppe III mit insgesamt 35 Kursen und zusätzlich immerhin drei Schulungen für Multiplikator/-innen sowie drei Seminaren mit dem Schwerpunkt deutsche Nachkriegsgesellschaft. Ebenfalls gut repräsentiert war im Jugendbildungsbereich das historische Lernen zur DDR-Vergangenheit und Wiedervereinigung mit immerhin sieben Kursen. Deutlich geringer war im laufenden Jahr 2011 das entsprechende Kursangebot im Bereich der Erwachsenenbildung: Insgesamt neun Kurse im Bereich DDR-Vergangenheit und Wiedervereinigung, nur ein einziges Angebot im Schwerpunkt NS.

Überwiegend erreichte Zielgruppen im Bereich Jugendbildung waren Jugendliche der Jahrgangsstufen 9-12 aller Schularten, aber auch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Leider zu wenig Berücksichtigung fanden insgesamt und explizit Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Die erreichten Zielgruppen in der Erwachsenenbildung waren sehr heterogener Struktur.

Seit geraumer Zeit stehen die Überlegungen zur Zukunft der Erinnerungsarbeit im Zeichen des „Abschieds

von den Zeitzeugen“ und der Frage, wie ihr Vermächtnis für künftige Generationen gesichert werden kann. Leitmotiv der Institutionalisierung einer hochreflexiven „Erinnerungskultur“ ist der erklärte Wille zur „Bewahrung“ der Vergangenheit an Stelle ambivalenter „Bewältigung“. Die Fragen nach dem wie und wozu, nicht nach dem ob der Erinnerung, dominieren in der Folge den Diskurs, während die Frage, was erinnert wird, auf stets neue Weise aktuell bleibt.

Allem voran ginge es um die Herausbildung einer Ethik der Erinnerung, die Empathie, Geschichtsbewusstsein und eine universelle Perspektive mit einschließt, ohne dies als Ausstieg aus der Verantwortung des eigenen Erinnerungskollektivs zu verstehen.

Soll das Erbe der kritischen Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit nicht verspielt werden, müssen Anstrengungen und Möglichkeiten negativen Erinnerns auch über das zu Ende gehende Zeitalter der Zeitgenossenschaft hinaus fortgeführt werden. All dies braucht Foren und Ausdrucksmöglichkeiten.

#### 4.4 Arbeits-, Sozial- und Beschäftigungspolitik

Die Arbeitsutopien, die ursprünglich darauf gerichtet waren, die technologische Entwicklung zu fördern, um die Menschen vom Druck materieller Not zu befreien und Arbeitszeitverkürzungen zu ermöglichen, haben sich weitgehend zersetzt. Der Erschöpfungszustand der Arbeitenden dieser Gesellschaft hat einen Grad erreicht, der die Identität der Subjekte antastet und die Gesellschaft mit einer depressiven Gefühlslage überzieht.“ (O. Negt: Arbeit und menschliche Würde. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 15/2011)

Deutschlands Arbeits- und Beschäftigungspolitik, die Sozialversicherungssysteme, die sogenannten Hartz-Gesetze in der Arbeitsmarktpolitik, das Lohngefüge, die Arbeitszeitgesetze – sie alle stehen in einer ständigen politischen Auseinandersetzung. Das Sozialstaats-Postulat sowie die Debatten über die soziale Markt-

*Mit seinem Bildungsangebot motiviert das Nell-Breuning-Haus zu politischer Aktion und der Auseinandersetzung mit sozialen Fragen: Hier eine Aktion in Aachen im Rahmen des Seminarangebots „Arbeitslose in Aktion“.*

**Methode der Theaterarbeit findet positive Anwendung in der politischen Bildungsarbeit mit arbeitslosen Menschen**

wirtschaft sind durch unterschiedliche Reichweiten gekennzeichnet. Während die einen z.B. den Sozialstaat als Hängematte für Arbeitsunwillige sehen, betrachten andere ihn als große zivilisatorische Errungenschaft, um soziale Ungleichheiten abzubauen. In einer Phase der weltweiten Finanz-, Wirtschafts- und Verschuldungskrise gewinnen diejenigen die Oberhand, die die Finanzierbarkeit des Sozialstaates in Frage stellen.

Arbeits-, Sozial- und Beschäftigungspolitik sind seit jeher Schwerpunktthemen der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung in der AKSB. Ist der Sozialstaat mit seinen Transferleistungen tatsächlich gerecht und solidarisch oder müssen neue Wege in der Sozialpolitik gefunden werden? Ist die Hartz-IV-Lösung zukunftsfähig, welche Alternativen sind denkbar? Ist das Gesundheitssystem für alle zugänglich und ist es noch finanzierbar? Bleibt den Pensionären in Zukunft noch genügend Rente, um nicht in den Sog der Altersarmut zu geraten? Lässt die Erwerbsarbeit genügend Raum für die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie? Reicht das Einkommen aus Lohnarbeit für den Einzelnen und für ihre Familien? Welche Konsequenzen hat die permanente Ausweitung von prekärer Arbeit und von Niedriglohnbereichen, bis hin zum Working Poor? Würde ein gesetzlicher Mindestlohn hier Grenzen ziehen, etwa „Haltelinien nach unten“? Dieses und mehr sind Fragen, die in der politischen Bildung bearbeitet werden. Dabei werden unterschiedliche Zielgruppen angesprochen und unterschiedliche Veranstaltungsformate realisiert. Bei den Zielgruppen handelt es sich zum einen um Interessierte, die sich, motiviert durch öffentliche Debatten zum Thema Sozialstaat, in Veranstaltungen der politischen Bildung ausführlich informieren wollen. Zum anderen werden Zielgruppen angesprochen, die sich bereits als Akteure in zivilgesellschaftlichen Organisationen, in Gewerkschaften, in sozialen Initiativen, Verbänden usw. engagieren und um solche, die im Wissenschaftssystem tätig sind. Eine dritte Gruppe sind Menschen, die von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind oder als Geringverdiener gelten.

Im Rahmen der Evaluation der politischen Bildungsarbeit in der Fachgruppe II „Das Soziale“ der AKSB lassen sich drei Themenkontexte herausarbeiten: 1. Der Zusammenhang von Ökonomie und Ethik; 2. Das Verhältnis von Solidarität und Eigenverantwortung; 3. Die Diskussion von alternativen Ansätzen und Modellen im Rahmen der Debatten über eine Weiterentwicklung des Sozialstaates. So hat eine Reihe von Bildungsträgern das Jahr 2011 genutzt, um erinnernd an die Sozialenzyklika *Rerum Novarum* aus dem Jahre 1891 auf die Geschichte der Katholischen Soziallehre Bezug zu nehmen. Anlass für Veranstaltungen waren Jubiläumsdaten großer päpstlicher Sozialenzykliken: 120 Jahre *Rerum novarum*, 80 Jahre *Quadragesimo anno*, 30 Jahre *Laborem exercens*, 20 Jahre *Centesimus annus*. In

den Bildungsveranstaltungen wurden gesellschaftliche Realitäten, wie die Veränderungen im Arbeitsleben, die Massenarbeitslosigkeit, die Finanz- und Wirtschaftskrise bis hin zu Systemfragen im globalen Kapitalismus unter ethischen Gesichtspunkten diskutiert. Die spezifischen Beiträge, die die katholische Sozialtradition zu drängenden Gegenwartsfragen liefern kann, wird gerade von nichtkirchlichen Gesellschaftstheoretikern, die nach normativen Grundlagen fragen, durchaus geschätzt. In zahlreichen Veranstaltungen wurde bei der Analyse gesellschaftlicher Problemfelder nach der Umsetzung zentraler Werte wie Gerechtigkeit und Solidarität gefahndet. Dabei wurde gelegentlich die „Option für die Armen“ bzw. der Einsatz für Marginalisierte als Gradmesser für Solidarität erörtert. Bei der Diskussion alternativer Ansätze und Modelle für sozialstaatliches Handeln kamen u.a. die Bürgerversicherung für das Gesundheitssystem, das Rentenmodell der katholischen Verbände und das Grundeinkommen zur Sprache. Gerade in der Betrachtung der Weiterentwicklung der Arbeitsgesellschaft hin zu einer Tätigkeitsgesellschaft hat die Einführung eines Grundeinkommens eine hohe Bedeutung. Verschiedene Modelle stehen dabei zur Diskussion.

Aufgrund der Evaluationsergebnisse hat sich die Fachgruppe II dazu entschieden, im Rahmen eines Bildungskonzeptes „Bildungsziel: Solidarität und Sozialstaat“ didaktische Bausteine zu erarbeiten. Dabei sind folgende Bildungsziele stichwortartig zu nennen: Sensibilität erzeugen für soziale Ungleichheit und Armutsfragen, die Funktion von Argumenten erfassen, Verstehen politischer Diskurse, Kritikfähigkeit medialer Öffentlichkeit erzeugen, Geschichte und Zukunft des Sozialstaates verstehen, Herausforderungen der Sozialpolitik konkretisieren, Handlungs- und Solidarisierungsmöglichkeiten erarbeiten.

Auf die Zukunft gerichtet sind zwei Vorhaben besonders unterstützenswert:

1. Die wissenschaftliche Fachtagung des Haus am Maiberg zum Thema „Kirche im Kapitalismus und kirchliche Kapitalismuskritik“ war Auftakt für eine geplante regelmäßige Tagungsreihe unter dem Titel „Heppenheimer Tage zur christlichen Gesellschaftsethik“. Mit dieser jährlichen Arbeitstagung sollen Vertreter/-innen des Faches Christliche Sozialethik mit Sozial- und Politikwissenschaftlern und politischen Bildnern ins Gespräch gebracht werden.

2. Die kifa gemeinnützige GmbH Waldmünchen hat bei einem Seminar mit Langzeit-Arbeitslosen an die Tradition der Theaterarbeit in der politischen Bildung angeknüpft. Es wäre wünschenswert für die politische Bildung mit arbeitslosen Menschen, die bisher kaum in der Erwachsenenbildung vorkommen, die Methode der Theaterarbeit weiter zu erproben. Bisherige Erfahrungen in diesem Bereich sollten vernetzt und weiter entwickelt werden, da die Theaterarbeit gerade mit Blick auf Nach-





haltigkeit, Erarbeitung und Erprobung von Veränderungsprozessen besonders gut geeignet ist.

#### 4.5 Arbeitsgesellschaft und politische Jugendbildung

Seminare zum Themenfeld Arbeitsgesellschaft, insbesondere im Übergang Schule – Beruf, gehören seit langem in hoher Zahl zum Angebot der AKSB. Die Konzeption dieser Seminare ist in den verschiedenen Angeboten erprobt und bewährt. Sie finden auf hohem didaktisch-methodischen Niveau statt. Eines der Markenzeichen dieser Seminare ist das große methodische Reservoir, das den Seminarleitungen ermöglicht, auf unterschiedliche Seminarsituationen flexibel zu reagieren.

Mit den 34 Seminaren im ersten Halbjahr 2011 zu den Themen Arbeitsgesellschaft und Arbeitsmarkt wurden alle jugendlichen Zielgruppen erreicht. Die Angebote fanden zumeist in Kooperationen mit Schulen, von Förderschulen und Haupt- bzw. Mittelschulen bis hin zu Gymnasien und Berufskollegs statt. Ein Seminar wandte sich an Migrantinnen und Migranten. In der Methodik passen sich die Seminare den jeweiligen Zielgruppen an. Für alle Angebote gilt, dass es gelingt die Jugendlichen für das Thema „Arbeit“ zu interessieren, zur Mitarbeit auch bei anfänglicher Zurückhaltung zu motivieren sowie Wissen zur Arbeitswelt und Arbeitsmarkt, zu seinem Wandel, Anforderungen und notwendigen Qualifikationen und Kompetenzen auch in sozialer Hinsicht („soft skills“) zu vermitteln. Schwer tun sich die Jugendlichen mit dem Thema der ‚Interessenvertretung‘ im Betrieb, die im Modell der deutschen Sozialen Marktwirtschaft eine wichtige Rolle spielt (Betriebsverfassungsgesetz; Tarifpartnerschaft). Einerseits ist das Thema Jugendlichen fremd. Andererseits befürchten gerade gering qualifizierte Jugendliche Nachteile für ihre berufliche Integration durch entsprechendes Engagement.

Insgesamt betrachtet zeichnen sich die Konzepte der Seminare zur Arbeitsgesellschaft im Bereich Jugendbildung der AKSB besonders durch folgende Merkmale aus:

- Im Gegensatz zu berufsorientierenden und berufsqualifizierenden Angeboten binden die Seminare die Beschäftigung mit der Arbeitsgesellschaft und ihren unterschiedlichen Aspekten in andere gesellschaftliche Entwicklungen ein. Durch diese Vorgehensweise werden der gesellschaftliche Zusammenhang der Arbeit und ihre Relevanz erkennbar. Möglich wird auf diesem Weg auch die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Arbeit.
- Der Einstieg in die Thematik wird meist über die Situation und die Interessen der Jugendlichen z.B. in der Thematisierung ihrer eigenen Lebensplanung und Wertvorstellungen gewählt. Die Auseinandersetzung mit eigenen Stärken und Kompetenzen führt die Jugendlichen zum Verständnis von Anforderungen und Schlüsselqualifikationen in der Arbeitswelt. Oft gelingt es im Weiteren, diese auch als Schlüsselqualifikationen für gesellschaftliches Engagement (soziale Kompetenz, Solidaritätskompetenz) zu vermitteln.

Ein beispielhaftes und typisches Kurskonzept stellen die Seminare „Achtung – Fertig – Arbeitslos“ der Jugendbildungsstätte Waldmünchen dar. Zu Beginn des Seminars sammeln die Teilnehmenden in einem Brainstorming Begriffe zu den Lebensbereichen Familie – Gesellschaft – Beruf. Die Verbindungen zwischen diesen Begriffen verdeutlichen die enge Verzahnung dieser drei Lebensbereiche. In einer anschließenden Pro-Contra Übung werden diese Verbindungslinien konkretisiert und die Jugendlichen positionieren sich inhaltlich und setzen einzelne Aussagen anschließend in einem Zukunftstheater szenisch um. Der zweite Tag führt über die Thematisierung von Fähigkeiten und Kompetenzen in die Anforderungen und den Wandel des Arbeitsmarktes ein. Im „Spiel der Arbeit“ können sie dann die erworbenen Kenntnisse in der realistischen Simulation des Bewerbungsprozesses um einen Ausbildungsplatz erproben. Ihnen werden dabei die Kriterien einer erfolgreichen Bewerbung deutlich und sie lernen alternative Ausbildungsberufe kennen. In der Globalisierungseinheit „Weltreise einer Jeans“ setzen sie sich dann mit

*Seminar „Achtung – Fertig – Arbeitslos“ der Jugendbildungsstätte Waldmünchen: Ein Schüler stellt den Produktionsweg einer Jeans vor.*

**Informations- und  
Aufklärungsbedarf in  
der Umweltpolitik sind  
notwendig**

Arbeitsbedingungen, sozialen und ökologischen Produktions- und Konsumkriterien sowie den internationalen Verflechtungen auseinander. Zum Abschluss des Seminars diskutieren die Teilnehmenden die ‚Arbeitslosigkeit‘, Strategien der Vermeidung von Arbeitslosigkeit und die Möglichkeit politischen Handelns zur Senkung der Arbeitslosenquote. Die Lernzielkontrolle wird in einem zusammenfassenden Quiz zu den Themen und Inhalten des Seminars durchgeführt.

In ihrem jüngsten Impulspapier „Chancengerechte Gesellschaft“ fordert die Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe aller die Orientierung an den Zielen der Befähigung und gesellschaftlicher Solidarität. Weiterhin fordert sie ein stärkeres Engagement für sozial benachteiligte Menschen. Beide Anliegen werden in den AKSB-Seminaren zur Arbeitsgesellschaft für junge Menschen beispielhaft realisiert. Insofern sind diese Angebote ein wichtiger Baustein in der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung.

#### 4.6 Umwelt/Nachhaltigkeit

Die Themen der ökologischen Gefährdungen der natürlichen Lebensgrundlagen sind in der politischen Bildung der AKSB Randthemen. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass diese Gefährdungen kaum wahrnehmbar und nur über komplizierte Modelle vermittelbar sind. Auch ist „Umweltpolitik“ ein Bereich, der anders als etwa Sozial-, Wirtschafts- oder Friedenspolitik, kaum klare Konturen besitzt. Ökologische Rücksichtnahmen unterliegen im Alltag häufig anderen, ‚vordringlicheren‘ Interessen, und werden häufig mit hohen Kosten und Wohlstandseinbußen assoziiert. In der Verfolgung des Nachhaltigkeitsprinzips, das ursprünglich in der ökologischen Debatte entwickelt wurde, tritt oft die ökologische Dimension hinter die sozialen und ökonomischen Aspekte des Prinzips zurück. Die Dramatik der ökologischen Krisen spiegelt sich nicht im allgemeinen Empfinden. Die je einzelnen Herausforderungen – wie die Rettung der Artenvielfalt, Zugang zu sauberem Wasser, Verhinderung der Degradation von Böden, Erhaltung der Wälder und ihr jeweiliger innerer Zusammenhang mit dem Klimawandel – sind kaum zu durchschauen.

Also: keine einfache Situation für die attraktive Konzeption und Didaktik der politischen Bildung im Bereich der Umweltpolitik. Die AKSB hatte daher ihre Jahrestagung 2010 bewusst unter das Thema des Klimawandels gestellt, um die Umweltpolitik und den Klimawandel verstärkt in die Bemühungen der politischen Bildung einzubinden. Das Ziel sollte es sein, über die Vermittlung von Sachwissen in der komplizierten Klimathematik und der Umweltpolitik die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der politischen Willensbildung und Entscheidung zu sichern.

Wie notwendig solche Vermittlung von Sachwissen ist, belegen Erfahrungen aus Wochenseminaren zum Thema „Global denken – lokal handeln. Energie und Klimawandel in Alltag und Politik“ mit Einheimischen und Migrant/-innen aus jeweils unterschiedlichen osteuropäischen Ländern. Die Seminare zielten darauf, Energieverbrauch und Klimawandel sowohl in der globalen als auch lebensweltlichen Perspektive der Teilnehmenden zu problematisieren. Dabei sollen die Folgen der Umweltveränderungen und umweltrelevante Begriffe und politisches Handeln diskutiert und ein Überblick über die Zusammenhänge erleichtert werden.

Methodisch wurde jeweils durch ein Statement in das jeweilige Einzelthema eingeführt, dem sich ein breiter Raum zur Diskussion und Meinungsbildung anschloss. Dabei wurde auch die Schwierigkeit des Umgangs mit wissenschaftlichen Informationen zu sinnlich kaum wahrnehmbaren Vorgängen thematisiert. Ergänzend zu den Referentenstatements wurde ein kurzer Film über Energieverbräuche gezeigt und am Beispiel alltagsnaher Produkte eines Joghurtbechers und einer Jeans die Komplexität der globalen Produktionszusammenhänge veranschaulicht. An diese Beispiele anknüpfend setzten sich die Teilnehmenden mit ihren eigenen Energieverbräuchen und Konsumverhalten im Alltag unter ökologischen Aspekten auseinander. Im Abschluss der Seminare reflektierten die Seminargruppen Handlungsalternativen im eigenen Bereich und auf unterschiedlichen politischen Ebenen.

In der Seminaredurchführung wurde der hohe Bedarf der Seminargruppen an einführungendem Grundwissen zur Gesamtthematik und der Einzelthemen deutlich. Im Rückschluss scheint der Wissenserwerb über die Mediendarstellung nicht sehr erfolgreich. Die Teilnehmenden waren an den Seminarthemen sehr interessiert und wünschten sich vertiefendes Wissen durch Folgeseminare. Methodisch wichtig war es, die komplexen Themen immer wieder an die Erfahrungswelt der Seminargruppe zurückzubinden. Als sehr hilfreich bezeichneten die Teilnehmenden Anregungen und Hilfen, im eigenen Alltag bewusster mit den Ressourcen umzugehen und das neue „Wissen“ in das eigene Handeln integrieren zu können.

Im Bereich der Jugendbildung wurde ein Seminar-konzept „Internationale Umweltpolitik und Europa“ mit verschiedenen Jugendgruppen durchgeführt. Ziele der Wochenseminare waren es, die Bedeutung der zwei Themen Europa und Umweltpolitik zu vermitteln, über die Wissensvermittlung und den Meinungsaustausch eine eigene Positionierung zu ermöglichen und die Jugendlichen in ihrem Engagement und in ihrer gesellschaftlichen Partizipation zu stärken. Inhaltlich wurde zunächst am Beispiel der Umweltkonferenz in Rio und den Folgekonferenzen in die Umweltpolitik eingeführt.



Am Beispiel der Richtlinienentstehung und einem Planspiel zur Schokoladenrichtlinie wurde die europäische Politik, auch in ihren globalen Folgen, veranschaulicht und anschließend die unterschiedlichen Interessen und ihr Einfluss auf die Politik diskutiert. Dieses Thema wurde dann in einem Rollenspiel zur Mediation in der Umweltpolitik weiterentwickelt und das Engagement von international tätigen NGO's vorgestellt. Am Beispiel der Essgewohnheiten wurde konkretisiert, was der Einzelne gegen den Treibhauseffekt tun kann und am Modell des ökologischen Fußabdrucks die ökologischen Folgen des westlichen Lebensstils zur Diskussion gestellt. Von hier her wurden dann die globalen Umweltprobleme und deren politische Dimensionen thematisiert. Am Beispiel eines Biomassekraftwerks wurden anschließend lokale Handlungsalternativen gegen den Klimawandel erörtert und in der Abschlussdiskussion der Zusammenhang von kulturellen Prägungen und Umweltverhalten problematisiert. Die methodische Gestaltung war von einem vielfältigen Methodenmix gekennzeichnet, der die kreative Beteiligung der Jugendlichen förderte.

Das Seminarkonzept führte in den verschiedenen Durchführungen die Jugendlichen gut in die Seminarthemen ein und löste bei ihnen Interesse an den Problemstellungen und eine selbstständige Meinungsbildung aus. Gleichzeitig erfuhren die Teilnehmenden, dass sie über ihr eigenes Handeln Einfluss auf die Entwicklungen nehmen können. Die Seminare mit älteren Jugendlichen bzw. die Teilnahme von schon thematisch vorgebildeten Jugendlichen erhöhte im Vergleich mit anderen Seminargruppen die Intensität der Auseinandersetzung. Das Konzept ist daher für Jugendgruppen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Vorbildung geeignet.

Die Erfahrungen der Seminare zeigen, dass es im Feld der Umweltpolitik und des Klimawandel einen hohen Informations- und Aufklärungsbedarf gibt. Auf Teilnehmendenseite besteht ein hohes Interesse an den Themen mit dem Wunsch nach Anregungen und Beispielen, im konkreten eigenen Handeln aktiv werden zu

können, aber auch mit dem Interesse, wie politisch und strukturell den ökologischen Krisen begegnet werden kann. In der Information und der Handlungsalternative auf individueller und politischer Ebene liegen also die ersten beiden Aufgaben der politischen Bildung in der Umweltpolitik.

Die Kirchen haben schon früh und kontinuierlich seit den 80er Jahren bis heute zu den ökologischen Krisen Stellung genommen. In den Dokumenten werden Fragen der Bewahrung der Schöpfung bzw. der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen auch in ihrer sozial-ethischen Dimension differenziert entfaltet. Solche umweltethischen Aspekte kommen in den bisher durchgeführten Konzepten eher zu kurz und sollten gerade für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung stärker berücksichtigt und entwickelt werden. So argumentieren z.B. die zuletzt veröffentlichten Dokumente der Deutschen Bischofskonferenz zum Klimawandel und zur Energiepolitik betont von der Schöpfungs-, der globalen und der intergenerationellen Gerechtigkeit her. Solche ethischen Bezüge können das Nachhaltigkeitsprinzip als politischer Wert und Leitlinie politischen Handelns vertiefen und die Herausforderungen der Umweltpolitik in ihren komplexen Zusammenhängen präzisieren und orientieren. Eine besondere Problematik für die politische Bildung liegt darin, dass gerade Umweltpolitik und ökologisches Engagement ein vernetztes Denken und die Berücksichtigung von Rückkoppelungseffekten erfordern. Dies in der methodisch-didaktischen Anlage umweltpolitischer Seminare zu berücksichtigen, ist eine weitere Baustelle der politischen Bildung. Nur so wird man aber der komplexen Thematik gerecht werden können.

#### 4.7 Europa

Europa ist derzeit ein Megathema im gesellschaftlichen Diskurs und dies durch unterschiedliche Aspekte: Durch die aktuelle Wirtschafts- und Finanz- sowie durch die Eurokrise dominieren europapolitische Themen die politische Agenda und die Schlagzeilen der Medien. Dazu kommt die Herausforderung des Umgangs mit

*Eine Podiumsdiskussion zum Thema „Klima- und Umweltpolitik für übermorgen“ bot die AKSB-Jahrestagung 2010 im Franz Hitze Haus in Münster: (v.l.n.r.) Volker Stehmann, RWE, Hans Christian Markert, MdL, Moderatorin Johanna Holzhauser, WDR, Dr. Bernd Bonhorst, Misereor, Dr. Ulrich Witte, DBU.*

**Kursangebot zu „Europa“: Information und Orientierung auf hohem Niveau**

den Migrationsbewegungen aus den afrikanischen und asiatischen Staaten. Ein Meilenstein der Europapolitik stellt die Strategie „Europa 2020“ dar. Unter diesem Titel beschloss die Europäische Union im vergangenen Jahr ein ambitioniertes Wirtschaftsprogramm für die kommenden zehn Jahre. Immer wieder wird in den Mitgliedsstaaten die Frage nach dem sinnvollen Umgang mit dem Islam diskutiert.

Für die AKSB und ihre Mitgliedseinrichtungen ist Europa im ersten Halbjahr 2011 eine Querschnittsdimension, die in andere Themenfeldern, etwa in die Flüchtlingspolitik einfließt und zur Sprache kommt, indem dort europabezogene Aspekte diskutiert werden. Zudem sind die AKSB und einige Mitgliedseinrichtungen zunehmend European player, etwa durch die Beteiligung an und durch die Durchführung von europäischen Projekten.

Im Zeitraum vom 1. bis 30. Juni 2011 wurden zehn Kurse durchgeführt, die sich dem Themenkomplex „Europa“ zuordnen lassen, davon je fünf aus der Jugend- und aus der Erwachsenenbildung. Die Kurse der Erwachsenenbildung griffen die europäische Dimension in folgenden inhaltlichen Formaten auf: Europa(Politik) als Kursthema, transnationale Begegnungen, Bildungsfahrten zu EU-Hauptstädten und Europa als dimensionaler Bestandteil im Kursprogramm. Sie boten durchwegs auf hohem Niveau einerseits Informationen und Orientierungen zu zentralen europapolitischen Fragen, andererseits griffen sie aktuelle kontroverse Themen auf. So traten die Teilnehmenden beispielsweise auf der Bildungsfahrt von Kifas gemeinnützige GmbH nach Brüssel (27. Februar bis 4. März 2011) in einen Dialog mit Repräsentanten der wichtigsten Institutionen der EU an deren Arbeitsort. Auf diese Weise bekam die Europäische Union buchstäblich „ein Gesicht“. Sie wurde anschaulich. Außerdem erhielten die Teilnehmenden Basiswissen zur Europapolitik. Wichtig war bei den Gesprächen die Erkenntnis, dass die größte Entscheidungskompetenz auf EU-Ebene bei den nationalen Staaten liegt, auch wenn von ihnen behauptet wird, dass man machtlos dem supranationalen Gebilde „Brüssel“ gegenüberstehe. An aktuellen Themen wurden die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Flüchtlingspolitik und der Umgang mit dem Islam aufgegriffen.

Ein Seminar der HEGGE mit dem Thema „Wie viel Islam verträgt Europa?“ (25. bis 27. Februar 2011 in Willebadessen) bot überraschende Fakten. So gibt beispielsweise der Begriff „Christliches Abendland“ die religiösen Prägungen und Traditionen Europas nicht vollständig wieder.

Transnationale Begegnungen standen im Zentrum eines Kurses, den das Haus am Maiberg/Heppenheim

in Hohenheim organisierte (17. bis 20. März 2011). Studierende und ältere Menschen aus Deutschland und der Tschechischen Republik führten einen intergenerativen und interkulturellen Dialog zum sensiblen Thema „Flucht und Vertreibung und der Weg zur Versöhnung“. Dabei wurden Erfahrungen anderer Völker und Länder mit Flucht und Vertreibung, etwa der Völkermord an den Armeniern und im Balkan sowie die aktuelle Debatte um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Deutschland in die Diskussion eingebettet.

Die „7. Jahrestagung Illegalität“ mit dem Thema „Anpassung an die Realität? Wege zu politischen Antworten auf irreguläre Migration“, die die Katholische Akademie in Berlin veranstaltete (2. bis 4. März 2011), griff ein gesamteuropäisches Thema auf. Dabei kamen europapolitische und europarechtliche Aspekte zur Sprache, etwa zur Visumpolitik und zur Gewährung von Grundrechten. Auch wurden Ländervergleiche, u.a. hinsichtlich der Selbstorganisation irregulärer Migrant/-innen in Deutschland, Griechenland und der Türkei gezogen.

Vier der fünf europabezogenen Kurse der Jugendbildung behandelten Aspekte eines Freiwilligendienstes im europäischen Ausland. In methodischer Hinsicht belegen die Kurse eine gängige Erfahrung: Seminare der Jugendbildung zeichnen sich durch eine größere methodische Vielfalt gegenüber den Veranstaltungen der Erwachsenenbildung aus. Aber auch dort wird erkannt, wie wichtig erarbeitende und aktivierende Methoden für effektive Lernprozesse sind.

Der „methodologische Nationalismus“ (Ulrich Beck), der bisher die Weltwahrnehmung konturierte und dominierte, muss in einer Bildungsarbeit überwunden werden, die den Anspruch erhebt, die Menschen zum Denken und Handeln in politischen Kontexten zu bewegen. Insofern kommt der europapolitischen Bildung eine hohe und wachsende Relevanz zu. Es ist deshalb zu überlegen, wie sie noch intensiver als bislang in die Praxis der katholisch-sozialen Bildung implementiert werden kann.

#### 4.8 Weitere Themen

In der plural verfassten Gesellschaft wird der soziale Kitt, wie er durch gemeinsame Traditionen, Anschauungen und Gewohnheiten gegeben wurde, geringer. Die Gesellschaft wird zunehmend heterogener. Auch lassen Wandlungsprozesse in Technik und Gesellschaft die Frage nach dem, was die Gesellschaft zusammenhält, stärker in den Blick geraten. Im Folgenden sollen drei Querschnittsthemen näher betrachtet werden, die alle Aspekte der offenen Frage nach dem sozialen Bindemittel beinhalten.



### Web 2.0

Bereits 2010 wurde der Bereich Web 2.0 als Thema der politischen Bildung im Vorstandsbericht thematisiert. Wie 2010 angekündigt hat das Thema Web 2.0 an Gewicht gewonnen. Im Jahr 2011 sind gleich zwei zentrale Veranstaltungen der AKSB den Fragestellungen um Web 2.0 gewidmet. Die Fachkonferenz „Familie 2020: Aufwachsen in der digitalen Welt“ in Kooperation mit dem Bonifatiushaus Fulda nahm die Herausforderungen des Internets und der sozialen Netzwerke in den Blick. Diese Tagung leistete einen wertvollen Beitrag zur Vernetzung von Expertinnen und Experten der Medienpädagogik sowie der politischen Bildungsarbeit. Vor allem konnten zahlreiche Kontakte zu Akteuren außerhalb der AKSB aufgebaut werden. Aufgrund des großen Erfolges soll die Tagung 2012 mit dem Fokus auf Verbraucherschutz und Medienkompetenz fortgesetzt werden. Bezogen auf die Auswirkung des digitalen Wandels auf den intergenerationalen Dialog und den sich hieraus ergebenden Folgerungen für die politische Bildung wird sich die Jahrestagung 2011 mit den social media befassen. Die Ergebnisse dieser Tagung sollen in die Arbeit der Fachgruppen einfließen.

Gegenwärtig lassen sich zwei Kernthemen der Auseinandersetzung mit sozialen Netzwerken ausmachen: die Förderung von Partizipation sowie der Umgang mit und der Schutz von (persönlichen) Daten. Ein besonders akutes Thema in der öffentlichen Diskussion ist die Frage nach dem Datenschutz und dem Schutz der Privatsphäre der Mitglieder von sozialen Netzwerken. Grundsätzlich stellt sich in einigen Bereichen die Frage, inwieweit der Staat gefordert ist, über seine Netzpolitik regelnd einzugreifen. Die sich aus den Möglichkeiten der Datennutzung ergebenden Probleme stellen für die katholische Soziallehre besondere Herausforderungen dar.

Mit Blick auf die Verbreitung und Vermittlung von politischen Themen sowie neuer Formen der Partizipation im Web 2.0 bleibt die AKSB in ihren Bildungsangeboten gefordert, Medienkompetenz und medienethisches Verständnis verstärkt den Teilnehmenden zu vermitteln. Neben dem Umgang mit den Anwendungen gehört

hierzu auch die Reflexion der eigenen Haltung, mit der man sich und seine Inhalte im Netz präsentiert. Zugleich bieten das in diesem Jahr veröffentlichte medienethische Impulspapier der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz sowie die ersten Ergebnisse der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ gute Grundlagen, um sich als AKSB an dem medienpolitischen und medienethischen Diskurs von Kirche, Politik und Gesellschaft zu beteiligen.

### Benachteiligte

Der Blick auf die Arbeit mit Benachteiligten gehört jeher zum Selbstverständnis der AKSB als katholisch-sozial orientierter Bildungsträger. Insbesondere in der Fachgruppe II ist die Auseinandersetzung mit den Benachteiligten unserer Gesellschaft ein zentrales Anliegen. Gesamtgesellschaftlich sind die Bildungsbenachteiligten stärker in den Blick geraten, was sich unter anderem an der Durchführung von Tagungen - nicht nur bei der AKSB zeigt. Das Haus am Maiberg hat in der diesjährigen Fachtagung „Politische Bildung unter erschwerten Bedingungen. Anregungen aus Theorie und Praxis“ Aspekte und Ansätze einer Bildungsarbeit mit dieser Zielgruppe erörtert. Allgemein muss derzeit konstatiert werden, dass die fachliche Profilierung und die Referenzbezüge zu wissenschaftlichen Hochschuldisziplinen im Hinblick auf die Politische Bildung mit benachteiligten Zielgruppen völlig ungeklärt sind. Die AKSB kann jedoch über die Fachgruppe II auf ein bestehendes Netzwerk von Einrichtungen zurückgreifen, welche Erfahrungen in diesem Segment aufweisen.

In den Seminaren der AKSB findet sowohl die Auseinandersetzung mit Möglichkeiten des eigenen solidarischen Verhaltens mit Benachteiligten – in Kombination mit der Reflexion über Ursachen der Benachteiligungen – als auch die Arbeit mit Benachteiligten selbst (siehe Seite 17) statt.

### Interkulturelles

Aufgrund der sich verändernden demographischen Zusammensetzung bleibt die Auseinandersetzung mit den Themenfeldern Interreligiöses/Interkulturelles eine

*Europäische Jugendwochen der Jugendbildungsstätte Waldmünchen in Kooperation mit dem Franziskanischen Bildungswerk: Teilnehmende aus Frankreich, Belarus, Kroatien, Deutschland, Mazedonien, Bulgarien und Ungarn.*

**Wichtige Aufgabe der politischen Bildung: Auseinandersetzung mit interkultureller/interreligiöser Bildung**

wichtige Aufgabe für die politische Bildung innerhalb der AKSB. In Zusammenarbeit mit der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) und dem Leiterkreis der Katholischen Akademien wurde daher auch im Jahr 2011 die Fachkonferenz Interreligiöse/Interkulturelle Bildung durchgeführt.

In den AKSB-Seminaren wurde schwerpunktmäßig die Frage nach den gemeinsamen Werten in der Einwanderungsgesellschaft behandelt. Das Zusammentreffen von Menschen mit Migrationshintergrund und Einheimischen evoziert immer wieder aufs Neue die Suche nach gemeinsamen Zielen und Verbindendem. Dabei ist auf beiden Seiten ein hohes Maß an Reflexion und Bereitschaft aufeinander zuzugehen gefordert. Zugleich wurde jedoch auch nach den Gründen für die Verschiedenheit gefragt. Dies kommt insbesondere bei den Seminaren zum Zuge, welche sich mit der Rolle des Islam in Deutschland und Europa auseinandersetzen. Die Auseinandersetzung mit dem Islam eignet sich zudem in hervorragender Weise, die Frage nach

dem Selbstverständnis einer pluralen Gesellschaft zu diskutieren. Dies geschah beispielhaft in den Sozialethischen Tagen des Heinrich Pesch Hauses, wo anhand der Streitfrage des Moscheebaus die Religionsfreiheit und ihre Anforderungen diskutiert wurden.

In den Seminaren, welche sich mit der Partizipation von Migrant/-innen befassten, wurde deutlich, dass Integration und interkulturelles Verständnis nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit sich die Migranten selbst aktiv in die Mehrheitsgesellschaft einbringen.

Die Frage nach dem Zusammenhalt der Gesellschaft wird voraussichtlich in den kommenden Jahren mit Blick auf die wirtschaftlichen Entwicklungen und die Veränderungen der Sozialsysteme weiterhin an Brisanz und Dringlichkeit gewinnen. Gerade vor diesem Hintergrund erscheint die Einbindung von Migrantengruppen und die Schaffung von Verständigungsmöglichkeiten eine wichtige Aufgabe der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung.

## >>> 5. Kooperationen / Interessenvertretung / Netzwerke

### 5.1 Bundesausschuss Politische Bildung (bap)

Die zentrale Aufgabe dieser Plattform der politischen Bildung besteht darin, den fachlichen Austausch unter den bundeszentral tätigen Trägern zu organisieren und Lobbyarbeit für die Profession politischer Bildung zu betreiben. Die AKSB nimmt derzeit vertreten durch ihren Geschäftsführer Lothar Harles den Vorsitz des Bundesausschusses politische Bildung (bap) wahr. Für das Arbeitsjahr 2011 sind als markante Ereignisse zu nennen: Die Zusammenführung der Zeitschriften Praxis Politische Bildung (PPB) und Kursiv zum Journal politische Bildung. Dazu wurde eine gemeinsame Herausgeberschaft mit dem Wochenschau-Verlag eingegangen. Im Mai 2011 wurde der Preis Politische Bildung verliehen. Erfreulich ist, dass dem Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath für seine politische Bildungsarbeit mit Arbeitslosen der zweite Preis zuerkannt wurde. Schließlich ist noch das Förderthema zu nennen. In einer besonderen Arbeitsgruppe, an der auch die AKSB durch die Leiterin der Förderabteilung, Ute Stolz mitwirkte, wurden die Vorschläge der bpb zur Änderung der Richtlinien geprüft. Die Kampagne „Demokratie braucht politische Bildung“ und eine Unterschriftenaktion zur Verhinderung der Kürzungen bei der bpb wurden weitergeführt. Die AKSB wirkt durch das Vorstandsmitglied Benedikt Widmaier auch in der Arbeitsgruppe Grundsatzfragen mit, die sich mit den Themen Deutscher Qualifikationsrahmen und Rolle der nicht-formellen Bildung beschäftigt.

### 5.2 GEMINI

Die regelmäßigen Treffen im Verbund der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) dienen erneut zum intensiven Austausch über jugendpolitische Entwicklungen und Vorhaben der Bundesregierung. Einen Schwerpunkt bildeten in diesem Jahr die Aktivitäten beim 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) in Stuttgart: Vom 7. bis zum 9. Juni 2011 führte die AKSB im Verbund mit GEMINI ein Fachforum zur Fragestellung „Politische Bildung: Fit für die Einwanderungsgesellschaft?“ und einen gut besuchten Stand auf dem Messegelände durch. Für die AKSB-Geschäftsstelle nahmen Geschäftsführer Lothar Harles und Pressereferent Markus Schuck teil, der bei der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung des gemeinsamen Auftritts sowie der Pressearbeit mitwirkte. Erfolgreich gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem Wochenschau Verlag, dem Fachverlag für politische Bildung. Gemeinsam konnte eine erhöhte Aufmerksamkeit für die Politische Bildung im Messeumfeld erreicht werden.

### 5.3 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE)

In vielfältiger Form arbeitet die AKSB eng mit der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) zusammen. Neben den schon auf den Weg gebrachten Kooperationen im Bereich För-



derprogramm bpb (vgl. S. 11), dem Projekt Lebenskundlicher Unterricht (LKU) und der gemeinsamen Trägerschaft des Europabüros für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung – zusammen mit der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj)/Jugendhaus Düsseldorf – hat es in diesem Jahr eine weitere gemeinsame Fachkonferenz mit dem Akademieleiterkreis zum Thema "interreligiöse/interkulturelle Bildung" gegeben. Weitere Felder der intensiven Zusammenarbeit ergaben sich bei dem Grundtvig-Projekt "European InfoNet" (vgl. S. 9), bei dem die KBE Projekträger ist und die AKSB in den Bereichen Steuerungsgruppe, Marketing und bei den Korrespondenten mitwirkt, und bei der Vorbereitung gemeinsamer Veranstaltungen und eines gemeinsamen Standes – mit dem Leiterkreis der katholischen Akademien – beim Katholikentag in Mannheim vom 16. bis 20. Mai 2012.

#### 5.4 Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Das Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung wird gemeinsam getragen von der AKSB, der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) und der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj)/Jugendhaus Düsseldorf. Auf europäischer Ebene vertritt das Büro die Interessen des katholischen Netzwerkes Jugend in Europa, Rete Juventutis. Zu den Aufgaben des Europabüros unter der Leitung von Christina Gerlach gehört u.a. die regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklungen auf europäischer Ebene im Bildungsbereich. Thematisch orientiert sich die inhaltliche Arbeit des Büros an den „Europäischen Jahren“.

In den kommenden Monaten wird sich das Europabüro intensiv mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission zu den Programmen im Bereich Bildung und Jugend beschäftigen. Bereits in den vergangenen Monaten hat sich das Europabüro mit den Entwicklungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen auseinandergesetzt und konnte die Anliegen katholischer

Jugend- und Erwachsenenbildung gegenüber dem zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments vertreten.

Das Europabüro versteht sich zusätzlich als Dienstleister für die Einrichtungen seiner Träger. Bei Veranstaltungen der Trägerorganisationen mit Bezug zu aktuellen europäischen Themen war das Büro in einigen Fällen an der Vorbereitung beteiligt. Im Frühjahr konnte mit Unterstützung des Europabüros die Fachkonferenz Internationale Arbeit der AKSB in Brüssel durchgeführt werden; dazu konnten Vertreter verschiedener Institutionen für Gespräche mit den Teilnehmenden gewonnen werden. Im Rahmen des Weltjugendtages in Madrid konnte das Europabüro für Rete Juventutis erneut ein Treffen der europäischen Jugendbischöfe organisieren. Das Angebot zum informellen Austausch von den Bischöfen und Verantwortlichen der Jugendpastoral wurde auch in diesem Jahr gut genutzt. Zu konkreten Anfragen im Zusammenhang mit europäischer Förderung konnte Hilfestellung gegeben oder ein konkreter Ansprechpartner vermittelt werden.

Wie in den vergangenen Jahren nahm das Europabüro an verschiedenen Veranstaltungen auf nationaler und europäischer Ebene teil, um dort die Anliegen katholischer Jugendarbeit und Erwachsenenbildung zu vertreten. Die Information und ständige Aktualisierung der Internetseite [www.cathoyouthadult.org](http://www.cathoyouthadult.org) gehört zu den weiteren Aufgaben des Büros. Über die Internetseite und einen regelmäßigen Newsletter werden Informationen und Positionen aus dem Bereich der europäischen Jugend- und Bildungspolitik zeitnah zur Verfügung gestellt. Dabei stehen Informationen und Beratung zur EU-Förderlandschaft und die Vermittlung von Ansprechpartnern im Vordergrund.

Am Jahresende wird das Europabüro innerhalb Brüssels in die Räumlichkeiten der Kommission der Europäischen Bischofskonferenzen (COMECE) im Herzen des EU-Viertels umziehen. Die neuen Kontaktdaten des Europabüros sollen mit dem nächsten Newsletter versandt werden.

*Die Teilnehmenden der AKSB-Fachkonferenz Internationale Arbeit 2011 in Brüssel: Gruppenbild mit Henning Klaus, Mitglied des Kabinetts von José Emanuel Barroso (6.v.r.), links Christina Gerlach, Leiterin der Europabüros.*

## >>> 6. Anlagen

### 6.1 Vorstand der AKSB (Stand 01.11.2011)

#### Vorsitzender

Dr. Alois Becker, Akademie Klausenhof gGmbH, Hamminkeln-Dingden

#### Stv. Vorsitzender

Bernward Bickmann, Franziskanisches Bildungswerk e.V., Großkrotzenburg

#### Weitere Mitglieder (stimmberechtigt)

Ulrike Gentner, Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen; Alois Nock, kifas GmbH – KAB Institut für Fortbildung und angewandte Sozialethik; Pater Johann Spermann SJ, Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen; Benedikt Widmaier, Haus am Maiberg, Heppenheim

#### Beratende Mitglieder

Dr. Jakob Johannes Koch, Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz, Bonn; Heiner B. Lendermann (bis August 2011), Bettina Locklair (ab September 2011), Kommissariat der katholischen Bischöfe Deutschlands, Berlin; Sabine Schöblier, Zentralkomitee der Deutschen Katholiken; Lothar Harles, AKSB-Geschäftsstelle

### 6.2 Geschäftsstelle der AKSB (Stand 01. 2011)

Zentralstelle für die Förderung politischer Jugend- und Erwachsenenbildung  
53123 Bonn, Heilsbachstr. 6, Tel.: 0228/28929-30, Fax: 0228/28929-57, info@aksb.de, www.aksb.de  
Geschäftsführung: Lothar Harles, Geschäftsführer  
Hildegard Pieper (Sachbearbeitung/Sekretariat)

#### Abteilung Bildung:

Pascal Kreuder (Leitung, bis 18. Oktober 2011), Martina Wittwer (Sachbearbeitung politische Bildung), Andrea Rein (Sachbearbeitung/Sekretariat)

#### Abteilung Zuwendungen / Zentralstelle / innere Verwaltung:

Ute Stolz (Leitung)  
Ewa Berndt (Deutsch-Polnisches Jugendwerk/DPJW); Doris Jonas (Programm 01.01: Politische Bildung; Programm 05.04: Arbeit mit behinderten Menschen; BMZ, Förderprogramm entwicklungspolitische Bildung); Nadine Krumscheid (Bundeszentrale für politische Bildung/bpb; Programm 14.01.01: Internationale Arbeit; Sekretariat); Günther Kusniesz (BMI, interreligiöser Dialog; BAMF, Migration; besondere Projekte; Buchhaltung; bis 30. September 2011); Doris Ley (Eingangssachbearbeitung alle Förderprogramme; Anträge und Nachweise); Maximilian Thieme (Auszubildender als Kaufmann für Bürokommunikation)

#### Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Markus Schuck (Referent)

#### Praktikum in der AKSB-Geschäftsstelle

Marzena Quainoo vom 10. Januar bis 30. Juni 2011; Andrea Sommersberg vom 1. Oktober 2010 bis 31. Januar 2011; Kerstin Stegemann vom 15. August bis 30. September 2011.

#### Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Av. Tervuren 221, B-1150 Brüssel, Tel.: 00322/7380790, office@cathoyouthadult.org, www.cathoyouthadult.org  
Christina Gerlach (Leitung)

**Praktikum:** Jana Schmitz-Hübsch vom 4. April bis 4. Juli 2011

### 6.3 AKSB-Infrastrukturstellen (Stand 01. November 2011)

#### Fachgruppe I: Das Politische

Leitung: Michael Götz, Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz, Heppenheim (bis 31. März 2011), Kai Stenuß, Heinrich Pesch Haus Ludwigshafen (ab 1. April 2011)  
Leitung: Marica Münch, Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus gGmbH, Nürnberg  
Didaktische Dokumentation: Kai Stenuß, Heinrich Pesch Haus Bildungszentrum Ludwigshafen e.V., Ludwigshafen (bis 31. März 2011)  
Öffentlichkeitsarbeit: Julia Marggraf, Franziskanisches Bildungswerk e.V., Großkrotzenburg (bis 31. März 2011)



**Fachgruppe II: Das Soziale**

Leitung: Wilfried Wiener, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. (KAB), Köln  
 Leitung: Detlef Herbers, Kommende Dortmund, Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn, Dortmund  
 Didaktische Dokumentation: N.N. (bis 31. März 2011)  
 Öffentlichkeitsarbeit: N.N. (bis 31. März 2011)

**Fachgruppe III: Das Gesellschaftliche**

Leitung: Bernhard Eder, kifas GmbH – KAB-Institut für Fortbildung & angewandte Sozialethik, Waldmünchen  
 Leitung: Dr. Doris Katheder, Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus gGmbH, Nürnberg  
 Didaktische Dokumentation: Marco Düsterwald, Akademie Klausenhof gGmbH (bis 31. März 2011)  
 Öffentlichkeitsarbeit: Bernhard Eder, kifas gemeinnützige GmbH – KAB-Institut für Fortbildung & angewandte Sozialethik, Waldmünchen (bis 31. März 2011)

**AKSB-Poolstellen für Didaktik:**

Marco Düsterwald, Akademie Klausenhof gGmbH (seit 1. April 2011)  
 André Neger, Jugendbildungsstätte Waldmünchen der KAB & CAJ gemeinnützige GmbH (seit 1. Mai 2011)

**AKSB-Poolstelle Partizipation und Schule (Arbeit in der Schülervertretung/Schülermitverwaltung):**

Julia Marggraf, Franziskanisches Bildungswerk e.V. (ab dem 1. Juni 2011)

**AKSB-Projektreferent (vom 1. November 2011 bis 29. Februar 2012) für das Projekt „Jugend im Web 2.0:**

**Kompetent gegen Rechts“:** Markus Riefling

**6.4 Kooperation und Interessenvertretung der AKSB****Politische Bildung allgemein**

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) (M)  
 Europäische Vereinigung für Erwachsenenbildung (EAEA) (M)  
 Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung in der Bundesrepublik Deutschland (GEMINI) (M)  
 IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (M)

**Staatliche und zwischenstaatliche Stellen**

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)  
 Bundesministerium des Innern (BMI)  
 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF)  
 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)  
 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)  
 Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)  
 ConAct- deutsch-israelisches Koordinierungsbüro  
 Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW)  
 Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)  
 GIZ - Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit  
 JUGEND in Aktion – Deutsche Agentur  
 Stiftung deutsch-russischer Jugendaustausch gGmbH (DRJA)  
 Tandem – Fachstelle für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch

**Kirchliche Stellen, Einrichtungen und Zusammenschlüsse**

Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj)  
 Bereich Pastoral, Glaube und Bildung, Kirche und Gesellschaft sowie Migration und Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz  
 Deutsche Kommission Justitia et Pax  
 Forum Hochschule und Kirche (FHOK) (M)  
 Jugendhaus Düsseldorf e.V.  
 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für berufliche Bildung (M)  
 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) (M)  
 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit (KJS)  
 Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle  
 Kommissariat der Deutschen Bischöfe / Katholisches Büro, Berlin  
 Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE)  
 Leiterkreis der katholischen Akademien (Gast)  
 Misereor  
 Renovabis  
 Rete Juventutis – Katholische Jugend in Europa

Trägerkreis katholische Träger der Jugendhilfe (M)  
Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK)

**Persönliche Mitgliedschaften in bundeszentralen Gremien der Jugendhilfe und  
Erwachsenenbildung durch Wahl oder Berufung**

AG-Richtlinien DPJW (Geschäftsführer)  
AG-Grundsatzfragen des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) (Benedikt Widmaier)  
AG-Richtlinien des Bundesausschusses Politische Bildung (bap) (Ute Stolz)  
Bundesausschuss Politische Bildung (bap) (Geschäftsführer: Vorsitzender)  
Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) – Runder Tisch (Geschäftsführer)  
IJAB (Geschäftsführer: Vorsitzender)  
Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) (stv. Vorsitz durch den  
AKSB-Vorsitzenden Dr. Becker)  
Nationaler Beirat für das EU Aktionsprogramms Jugend (Vorsitz) (Geschäftsführer)  
Programmspezifische Arbeitsgruppe KJP-Programm Internationale Jugendarbeit (Geschäftsführer)  
Programmspezifische Arbeitsgruppe KJP-Programm 01.01 (Geschäftsführer)  
Programmspezifische Arbeitsgruppe KJP-Programm 05.04 (Ute Stolz)  
ZEBIS - Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften (Geschäftsführer: Beirat)

(M = Mitgliedschaft) (Stand Anfang November 2011)

**6.5 Zuwendungen für katholisch-sozial orientierte politische Bildung 2010/2011**

**Bundesministerium des Innern (BMI)**

Förderung von Projekten des interreligiösen Dialogs

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP)**

Programm 01.01: Politische Bildung

Programm 01.01: Politische Bildung – „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus: Bundesweite Träger der politischen Bildung engagieren sich“

Programm 05.04: Junge Menschen mit Behinderung

Programm 14.01.01: Internationale Jugendarbeit

**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

Förderprogramm entwicklungspolitische Bildung – FEB über Servicestelle GiZ - Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit

**Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)**

Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung

**ConAct**

Programm 14.01.02: Internationale Jugendarbeit: deutsch-israelischer Jugendaustausch

**Deutsch-Französisches Jugendwerk**

Deutsch-französische Begegnungen und trilaterale Veranstaltungen

**Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)**

Deutsch-polnische Begegnungen im Jugend- und Schüleraustausch; Fachkräftemaßnahmen

**Jugend für Europa**

Begegnungen mit EU-Staaten und gleichgestellten europäischen Ländern, Begegnungen mit Dritt-Staaten; Aus- und Fortbildung (in der Regel Direktförderung)

**Renovabis**

Veranstaltungen und Projekte mit MOE-Staaten (in der Regel Direktförderung)

**Stiftung deutsch-russischer Jugendaustausch gGmbH (DRJA)**

Programm 14.01.02: Internationale Jugendarbeit: deutsch-russischer Jugendaustausch

**Tandem**

Programm 14.01.02: Internationale Jugendarbeit: deutsch-tschechischer Jugendaustausch

**6.6 Neue AKSB-Publikationen 2011**

**AKSB-Inform 2010 – Ausgabe 4, AKSB-Inform 2011 – Ausgabe 1 bis 3**

AKSB (Hrsg.), Bonn 2010/2011, 24 Seiten, kostenloser Bezug

**AKSB didado®-spezial:** AKSB didado spezial Nr. 5, Methoden zum Thema „Interkulturelles Lernen“

4 Seiten, kostenloser Bezug

**Deutsch-polnischer Jugend- und Schulaustausch in der AKSB. Grenzen überwinden – Freunde finden**

Informations-Flyer in deutscher und polnischer Sprache, kostenloser Bezug

## 6.7 Termine des AKSB im Jahr 2011

06.01.2011	Referenten-Klausurtagung	KSI, Bad Honnef
09.-10.02.11	Vorstandssitzung 1/2011	Jakob-Spenerhaus-Haus, Frankfurt/Main
09.02.2011	AKSB-Satzungskommission	Jakob-Spenerhaus-Haus, Frankfurt/Main
15.02.2011	Fachgruppenleitungskonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/M.
28.02.-01.03.11	Fachgruppe I und III	Bonifatiushaus, Fulda
01.-02.03.2011	Fachtagung „Familie 2020: Aufwachsen in der digitalen Welt“	Bonifatiushaus, Fulda
02.-03.03.2011	Fachtagung II - Das Soziale	Bonifatiushaus, Fulda
11.-13.04.2011	Fachkonferenz „Internationale Arbeit“	ND du Chant d'Oiseau, Brüssel
14.04.2011	Projekt-AG	Domforum, Köln
03.05.2011	Kooperationskonferenz „Politische Erwachsenenbildung“	Haus am Dom, Frankfurt/M.
09.05.2011	AKSB-Satzungskommission	Jakob-Spener-Haus, Frankfurt/M.
11.05.2011	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/M.
16.-17.05.2011	Vorstandssitzung 2/2011	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
25.-27.05.2011	Verwaltungsfachtagung - in Kooperation mit der Akademie Klausenhof	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
07.06.2011	Kooperationskonferenz Erwachsenenbildung - KBE	Haus am Dom, Frankfurt/Main
07.-09.06.2011	Deutscher Kinder- und Jugendhilftag	Stuttgart
21.06.2011	BMZ-Tagung	Domforum, Köln
22.06.2011	Leitungskonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/M.
30.06.2011	AKSB-Satzungskommission	Haus am Dom, Frankfurt
07.07.2011	Fachkonferenz „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“	Haus am Dom, Frankfurt/M.
12.07.2011	Schülervertretung	Haus am Dom, Frankfurt/M.
08.09.2011	Kooperationskonferenz Bundeswehr und Militärseelsorge	Bonifatiushaus, Fulda
13.09.2011	Referenten-Klausurtagung und Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/M.
14.-15.09.2011	Vorstandssitzung 3/2011	Erbacher Hof, Mainz
19.-20.09.2011	FG I - Das Politische	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
19.-20.09.2011	FG II - Das Soziale	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
20.-21.09.2011	FG III - Das Gesellschaftliche	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
27.09.2011	Tagung „Didado“	Haus am Dom, Frankfurt/Main
29.-30.09.2011	DPJW-Weiterbildungskonferenz	Kardinal-Schulte-Haus, Bensberg
20.-21.11.2011	Vorstandssitzung 4/2011	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
21.-22.11.2011	AKSB-Jahrestagung 2011 „Gesellschaft im Zeichen von Web 2.0“	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
22.-23.11.2011	AKSB-Mitgliederversammlung 2011	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
08.12.2011	Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“	Universitätsclub, Bonn

### Impressum

Hrsg.: AKSB – Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (AKSB-Inform Sondernummer 1/2011) Bonn, 9. November 2011

© 2011 AKSB – Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 53123 Bonn, Heilsbachstr. 6

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Auflage: 1.100

ISSN 0937-8383

Verantwortlich: Lothar Harles

Redaktion: Markus Schuck

Unter der Mitarbeit von: Bernhard Eder, Christina Gerlach, Detlef Herbers, Dr. Doris Katheder, Pascal Kreuder, Marica Münch, Hildegard Pieper, Andrea Rein, Kai Stenull, Ute Stolz, Wilfried Wienen, Martina Wittwer.

Gesamtherstellung: DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Bildnachweis

Titelbild groß, S. 13, Franziskanische Bildungswerk e.V.; Titelbild kl. mi., Soziales Seminar der Diözese Osnabrück e.V.; Titelbild kl. li., S. 2, 3, 7, 19, AKSB-Geschäftsstelle; Titelbild kl. re., S. 17, 21, Jugendbildungsstätte Waldmünchen; S. 9, European InfoNet; S. 11, Akademie Klausenhof; S. 15, Nell-Breuning-Haus; S. 23, Europabüro.

## Termine

### Termine der AKSB in 2011

20.-21.11.2011	AKSB-Vorstandssitzung 4/2011	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
21.-22.11.2011	AKSB-Jahrestagung 2011 „Gesellschaft im Zeichen von Web 2.0“	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
22.-23.11.2011	AKSB-Mitgliederversammlung 2011	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
08.12.2011	Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“	Universitätsclub, Bonn

### Termine der AKSB in 2012

01.-02.02.2012	AKSB-Vorstandssitzung 1/2012	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
08.02.2012	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/M.
27.-28.02.12	Fachgruppe III – Das Gesellschaftliche	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
28.-29.02.12	Fachgruppe I – Das Politische	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
01.-02.03.12	Fachgruppe II – Das Soziale	Ludwig-Windthorst-Haus, Lingen
14.-17.03.2012	Partnerbörse deutsch-polnische katholische Schulen	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
26.-27.03.12	Europäische Fachtagung in Kooperation mit der KBE und afj	Brüssel
27.-28.03.12	Fachtagung: Familie 2020: Verbraucherschutz und Medienkompetenz	Bonifatiushaus, Fulda
23.-24.04.2012	Fachkonferenz „Internationale Arbeit 2012“	Haus am Maiberg, Heppenheim
05.-23.05.2012	Aktionstage Politische Bildung 2012	
08.05.2012	Kooperationskonferenz „Politische Erwachsenenbildung“	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
15.05.2012	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/M.
16.-20.05.2012	98. Katholikentag	Mannheim
21.-23.05.12	Bundeskongress politische Bildung	Katholische Akademie, Berlin
13.-15.06.2012	Verwaltungsfachtagung	Caritas-Pirckheimer Haus, Nürnberg
13.09.2012	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/M.
17.-18.09.12	Fachgruppe III – Das Gesellschaftliche	Die Wolfsburg, Mülheim/Ruhr
17.-18.09.12	Fachgruppe I – Das Politische	Die Wolfsburg, Mülheim/Ruhr
25.-26.09.12	Fachgruppe II – Das Soziale	Jugendakademie Walberberg
27.-28.09.2012	DPJW-Weiterbildungskonferenz	Die Wolfsburg, Mülheim/Ruhr
25.-26.11.2012	Vorstandssitzung 4/2012	Katholische Akademie, Berlin
26.-27.11.2012	AKSB-Jahrestagung 2012	Katholische Akademie, Berlin
27.-28.11.2012	AKSB-Mitgliederversammlung 2012	Katholische Akademie, Berlin
04.12.2012	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt/M.
13.12.2012	Kooperationskonferenz „Politische Jugendbildung“	Universitätsclub, Bonn

gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

### Neue Publikationen der AKSB

#### AKSB didado® spezial

AKSB didado spezial Nr. 5, Methoden zum Thema „Interkulturelles Lernen“  
4 Seiten, kostenloser Bezug

#### Deutsch-polnischer Jugend- und Schulaustausch in der AKSB. Grenzen überwinden – Freunde finden

Informations-Flyer in deutscher und polnischer Sprache, kostenloser Bezug



Hrsg.: AKSB – Verein zur Förderung katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Geschäftsstelle: Heilsbachstraße 6 · 53123 Bonn · Tel. 0228 – 2 89 29-30 · Fax 0228 – 2 89 29-57  
info@aksb.de · www.aksb.de · Verantwortlich: Lothar Harles · Redaktion: Markus Schuck